Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 117. Donnerstag, den 23. Mai 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vor den Stichwahlen.

Man schreibt uns aus Wien:

Nun sind — von einigen Wahlbezirken in Galizien abgesehen — die Hauptwahlen vorbei, und wenn wir einen Rückblick auf die Erfolge dieses ersten Wahlganges werfen, so finden wir, daß sie noch weit größer sind als sie im ersten Augenblick erschienen. Bisher sind 60 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt und in 119 Bezirken stehen sozialdemokratische Kandidaten in Stichwahl. Leider haben die Wahlen in Galizien auch einen bedauerlichen Verlust gebracht, indem Daszynski, unstreitig einer der besten Redner des vorigen Parlaments, in Krakau gegen einen Kandidaten des Polenklubs unterlag. Doch wird sich vielleicht noch die Möglichkeit bieten, ihn in einem galizischen Landbezirke durchzubringen. Die Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen läßt sich vorläufig noch nicht berechnen, da noch die Detailziffern aus vielen Gegenden — namentlich aus dem Süden und Osten des Reiches — fehlen. Doch ist sicher, daß für die sozialdemokratischen Kandidaten mehr als eine Million Stimmen abgegeben wurden, von insgesamt nicht mehr als 4—5 Millionen abgegebenen Stimmen. Ein genaues Resultat wird sich wohl erst in einigen Tagen feststellen lassen. Von den bisher vorliegenden Ziffern sind folgende Zahlen interessant: In Wien wurden für die Partei 124 605, für die Christlichsozialen 157 519, für die Fortschrittler und Nationalen 31 285 Stimmen abgegeben. Zersplittert sind rund 4000 Stimmen. Die Christlichsozialen, die den Löwenanteil von den Wiener Mandaten erhalten, verfügen also nicht einmal mehr über die Hälfte der Stimmen. In Böhmen wurden für die deutschen Sozialdemokraten rund 167 000, für die tschechischen rund 175 000 Stimmen abgegeben. Insgesamt haben die deutschen Sozialdemokraten in ganz Österreich 515 000, die tschechischen gegen 400 000 Stimmen aufgebracht, die Italiener über 35 000, wozu dann noch die Polen, Ruthenen und Slovenen kommen.

Der riesige Erfolg der Sozialdemokraten hat den Bürgerlichen einen panischen Schrecken eingejagt. Sie waren ja auf sozialdemokratische Eroberungen gefaßt, aber daß die Sozialdemokraten so stark werden würden, das hatten sie nicht erwartet. Hatten sie doch das allgemeine Wahlrecht durch allerlei Schutzwehren unschädlich gemacht! Oder vielmehr gehofft, es unschädlich zu machen. Und nun stellte sich heraus, daß alle die Schutzmittel nichts genutzt, ja manche davon sogar geschadet hatten. Vor allem hatte man sich mit der Wahlpflicht verrechnet. Von den Christlichsozialen in Wien ersonnen, um mit Hilfe der indifferenten Massen die organisierte Arbeiterschaft niederzuringen, — „obidrah'n" hatte das seinerzeit Lueger genannt — war die Wahlpflicht auch in anderen Ländern, so in Mähren, Schlesien eingeführt worden, aber überall hatte sie nur die Wirkung, daß nun auch der indifferenteste Arbeiter der Sozialdemokratie zugeführt wurde, daß in Schlesien z. B. die Sozialdemokraten bei 98 prozentiger Wahlbeteiligung beinahe in allen Bezirken zumindest in Stichwahl sind.

Namentlich die Christlichsozialen waren wie aus allen Himmeln gefallen. Ihnen waren die Wahlbezirke auf den Leib zugeschnitten worden, sie hatten die Wahlpflicht und die einjährige Seßhaftigkeit erfunden. Sie hatten sich feierlich als „Reichspartei" deklariert und hatten in allen deutschen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Und nun bestanden ihre ganzen Eroberungen darin, daß sie in den Tiroler Landbezirken an die Stelle der Altkonservativen traten und daß sie die niederösterreichischen Bauern für sich mobilisieren konnten. Dagegen zeigte sich, daß sie in Wien nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung bilden, ja daß sie trotz der kunstvollen Wahlkreisgeometrie in mehreren für ganz sicher gehaltenen Bezirken (so ihre Führer Schneider und Prochazka) mit Sozialdemokraten in Stichwahl kamen, und daß Prinz Liechtenstein und Dr. Pattai in Bezirken, die für sicher galten, nur mit wenigen Stimmen siegten.

Noch ärger erging es den andern bürgerlichen Parteien. Alle vermochten nur wenige Erfolge im ersten Wahlgang zu erringen. Die Alldeutschen sind vollständig verschwunden, und die „Freialldeutschen" haben erst wenige Mandate errungen; ebenso die deutsche Volkspartei, die Liberalen, die Jungtschechen und nicht minder die Agrarier, die vor den Wahlen so großmäulig gewesen waren. Jetzt in Galizien, wo die Sozialdemokraten naturgemäß die geringsten Erfolge aufzuweisen hatten, sind die bisher herrschenden Konservativen von den radikalen Bauernkandidaten niedergerannt worden.

Und so ist denn jetzt überall von selbst der Gedanke aufgetaucht, durch antisozialdemokratische Wahlkompromisse zu retten, was zu retten ist. Bei den Tschechen ist dieses Kompromiß bereits fertig. Dort haben sich Jungtschechen, Alttschechen, Radikale und Agrarier zusammengefunden und haben nicht nur beschlossen, bei den Stichwahlen überall gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, sondern sie haben auch, damit jede Verbitterung zwischen den Bundesgenossen unterbleibe, bereits die Wahlbezirke, wo Bürgerliche mit einander in Stichwahl stehen, aufgeteilt. In Mähren werden in das Kompromiß auch die Klerikalen aufgenommen. Weniger leicht ist das Kompromiß unter den deutschen Parteien zustande zu bringen, obwohl die Regierung sich gewaltig ins Zeug legt. In Böhmen allerdings stimmen die deutschbürgerlichen Parteien meist für einander, denn ein Unterschied zwischen den Fortschrittlern, Volksparteilern und Freialldeutschen besteht eigentlich gar nicht. Hier wird die Sozialdemokratie also nur dort siegen, wo sie aus eigener Kraft zu siegen vermag — nur nebenbei sei bemerkt, daß das in einem halben Dutzend deutschböhmischer Bezirke der Fall zu sein scheint. Aber in den Alpenländern — von Niederösterreich bis nach Tirol — ist ein bürgerliches Kompromiß nicht möglich. Hier sind die Klerikalen zu mächtig und darum zu verhaßt, als daß die freisinnigen Parteien es wagen könnten, die Parole auszugeben, daß man für den Klerikalen oder Christlichsozialen stimmen solle. Das wäre nicht nur Selbstmord deshalb, weil die Macht der Klerikalen dadurch gestärkt würde, sondern auch deshalb, weil die Wähler gegen diese Parole offen rebellieren würden. Vergebens hält Hofrat Geßmann — der Antisemit! — die schönsten Reden über „religiöse und politische Toleranz", die die Parteien gegen die Sozialdemokratie einigen müsse, vergebens beruft der Ministerpräsident Tag um Tag die bürgerlichen Parteien zu sich, um das erwünschte Kompromiß gegen die Sozialdemokraten zustande zu bringen. Er kann durchsetzen, daß die Christlichsozialen überall gegen die Sozialdemokraten stimmen und daß die nichtklerikalen bürgerlichen Parteien einander unterstützen, höchstens noch daß die freisinnigen Parteiführer sich durch die Aufforderung für die Christlichsozialen zu stimmen kompromittieren aber nicht, daß dieser Parole folge geleistet wird. In der „Neuen Freien Presse", wo Sonnabend der frühere Vizepräsident das Abgeordnetenhauses, der deutschvölkische Abg. Kaiser das Kompromiß gegen die Sozialdemokratie empfohlen hatte, schreibt im Sonntagblatt Dr. Josef Meyer, der berühmteste österreichische Jurist und Präsident des Reichsgerichtes, einen Artikel gegen jenes Kompromiß. In dem Artikel heißt es: „daß die Sozialdemokraten in der Stärke von 80 Mann in den Reichsrat einmaschieren, ist schon dazu gut, daß nicht irgend ein Schwarzkünstler Unterrichtsminister wird". Auch die Agrarier sind durch sie matt gesetzt, denn die Sozialdemokraten werden sich gegen Brot- und Fleischverteuerung zu wehren wissen. Die Sozialdemokraten werden der Sauerteig im Parlament sein, sie werden es vor Versumpfung, Verflachung und Verdumpfung bewahren . . . Darum gebe ich offen meiner Überzeugung Ausdruck, daß es eine politische Gewissenspflicht der Freisinnigen ist, bei den Stichwahlen zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten den Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Ein Kompromiß gegen die Sozialdemokratie wäre ein Verrat an der Sache der Freiheit. In der Wahl zwischen Rouge und Noir muß jeder Freisinnige auf Rouge setzen."

In den Wahlkreisen, wo die Sozialdemokraten zwischen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden haben, ist die Entscheidung nicht schwer. Gleich nach den Hauptwahlen hat die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie eine ganz präzise und dem Empfinden der breiten Arbeitermasse entsprechende Parole ausgegeben: „In erster Linie aber werden wir überall gegen die Klerikalen und Christlichsozialen stimmen, die Schwarzen sind für uns in allen Fällen das größere Übel." Dann werden wir die Alldeutschen beseitigen helfen und drittens die Agrarier bekämpfen. Eine ähnliche Parole — auf tschechische Verhältnisse passend — stellt die tschechische Parteivertretung auf. Auch hier ist überall in erster Linie der Klerikale zu besiegen.

So geht die Partei mit klarem Ziele in die Stichwahlen und der 23. Mai wird vollenden, was der 14. Mai so herrlich eingeleitet hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Behauptungen wider besseres Wissen. Die drei freisinnigen Fraktionen erlassen jetzt nach Schluß des Reichstags einen Aufruf an alle liberalen und demokratischen Kreise in Stadt und Land, der eher wie eine gequälte Bitte um Entschuldigung, denn wie ein anfeuernder Appell klingt. Er soll eine Art „Rechenschaftsbericht" sein, aber der springende Punkt, die Regierungstreue des Freisinns und seine Blockbrüderschaft mit den Konservativen wird kaum berührt. Trotzdem haben die Unterzeichner des Schriftstücks der Wahrheit Gewalt antun müssen, um sich ihren Wählern auch nur in einer halbwegs leidlichen Verfassung vorstellen zu können. Man weiß wirklich nicht, was man dazu sagen soll, wenn man in diesem Aufrufe liest, der entschiedene Liberalismus habe „seinen Einfluß auf die Reichsgesetzgebung verstärkt", und wenn man diese falsche Behauptung durch die Unterschrift von Männern bekräftigt findet, die sich vor kurzem in der Öffentlichkeit ganz anders ausgesprochen haben, so erkennt man schon aus der Fassung des Aufrufes selbst, wie unwahr seine weitere Behauptung ist, daß sich „die von den Fraktionen einmütig beschlossene Form des Zusammenwirkens in den Parlamenten bewährt" habe. Diese „Form des Zusammenwirkens" hat dazu geführt, daß Männer, die „in demokratischen Kreisen" (zu welchen wir schließlich doch in aller Bescheidenheit auch die Sozialdemokratie zählen möchten) als anständige Politiker galten, Behauptungen unterzeichnen, die sie nicht glauben und Handlungen begehen, die sie nicht rechtfertigen können. Nachdem der „entschiedene Liberalismus" unter gleichzeitigen Beschwörungen der Freiheit, der Verfassung und des liberalen Geistes als „sicherster Damm gegen eine sozialdemokratische Überflutung" angepriesen worden, fährt der Aufruf wörtlich fort:

> Die linksliberalen Parteien erstreben den Ausbau des Staatswesens in freiheitlichem Geiste. Sie sind zu positiver Mitarbeit und zum Zusammenwirken mit andern Parteien gegenüber gemeinsamen Gegnern bereit, sind aber nicht gewillt, um taktischer Rücksichten willen von liberalen Forderungen abzugehen oder grundsätzliche Anschauungen preiszugeben.

Die Parteien, mit denen die Linksliberalen gegenüber dem gemeinsamen Feind, der Sozialdemokratie, zusammenwirken, um „den Ausbau des Staatswesens in freiheitlichem Geiste" zu erzielen, werden schamhafterweise verschwiegen. Hätten die Verfasser des Ausrufs ausgesprochen, was doch jeder weiß: „Wir stehen in einem Blockverhältnis zu den Konservativen, Freikonservativen, Agrariern und Nationalliberalen, wir unterstützen durch positive Mitarbeit die Regierung Bülow", so wäre die Tinte an der Feder vertrocknet, die die Redensarten vom „freiheitlichen Geist", den „liberalen Anschauungen", den „grundsätzlichen Forderungen" niederschreiben mußte. Am schönsten bleibt aber doch der Schlußpassus:

> Zur Mitarbeit in diesem Geiste fordern wir alle liberalen und demokratischen Kreise in Stadt und Land auf, die bereit sind an der Durchführung einer freiheitlichen Politik in Deutschland und der energischen Bekämpfung der gemeinsamen Gegner mitzuwirken.

Also „Durchführung einer freiheitlichen Politik" gegen die Sozialdemokratie, mit Kröcher, Manteuffel, Mirbach, Kardorff, Zedlitz, Friedberg und Beumer. Unterschrieben haben die Vorstandsmitglieder der Parteien (ein Amt und keine Meinung!); unter andern die Herren: v. Gerlach, Gothein, Schrader, Naumann, Payer, Haußmann, Oeser (Frankf. Ztg.), Quidde. Natürlich fehlen auch nicht Müller-Sagan, Fischbeck, Kämpf, Kopsch. Diese vier letztgenannten Herren, die es als ihre geschichtliche Aufgabe betrachten, den bürgerlichen Liberalismus bis zur Unmöglichkeit zu kompromittieren, sind wohl die einzigen, die diesen traurigen und unwahren Entschuldigungszettel mit ungetrübtem Behagen unterzeichneten. Dr. Barth, der dem Vorstand der Freisinnigen Vereinigung angehört, hat sich der blamablen Parteipflicht der Mitunterzeichnung durch seine Flucht nach Amerika entzogen. Die „Kreuzzeitung" aber, das Organ der Junker, macht den politischen Bilanzverschleierern einen kräftigen Strich durch die Rechnung. Sie erklärt ihre volle „Zufriedenheit mit den bisherigen Leistungen des Blocks". Denn:

> Noch war in der Praxis nichts davon zu merken, daß er bestimmt sein soll, eine liberale Gesetzgebungsära einzuleiten. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es so bleiben möge.

Die drei linksliberalen Fraktionen aber erzählen „allen liberalen und demokratischen Kreisen in Stadt und Land", daß sie im blockbrüderlichen Zusammenwirken mit den Rittern der Kreuzzeitung in Deutschland „eine freiheitliche Politik durchführen" werden. An solchen Leistungen gemessen, erscheint der selige Freiherr v. Münchhausen, der sich an seinem Zopf aus dem Sumpfe zog und an einer Bohnenstaude zum Monde kletterte, doch nur als ein armseliger Stümper.

Zum Gouverneur von Südwestafrika ist der Geheime Legationsrat v. Schuckmann ernannt worden, der im November 1904 in Arnswalde-Friedeberg als konservativer Abgeordneter in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Herr v. Schuckmann hat dadurch die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gezogen, daß er im

letzten Winter seine famose Rede über das Berliner Nachtleben gehalten hat. Vom Kolonialwesen versteht dieser gute Mann entschieden weniger als von dem Berliner Nachtleben. Aber warum sollte dieser auch seinen Meister Dernburg beschämen! Der eine sanierte wurmstichige Banken, der andere die wurmstichige Berliner Friedrichstraßen-Moral. Folglich taugen beide zur Sanierung unserer famosen Kolonialpolitik.

Zum Oberkommandierenden der Schutztruppe ist der Oberstleutnant Quade ernannt worden.

Der Prozeß, den Hänge-Peters gegen die „Münchener Post" angestrengt hat, ist auf den 27. Juni vertagt worden.

Die Folter und Bülow. Der Fall des Genossen Schlegel in Kulmbach, über den die Zeugniszwangshaft bis zur gesetzlich zulässigen Höchstzeit von 6 Monaten verhängt worden ist, hat doch das, was trotz eines Brausewetter die öffentliche Meinung ist, in Erregung versetzt. Die „Norddeutsche Allgemeine" glaubte deshalb Öl auf die Wogen gießen zu müssen und hub in einem offenbar dem Reichsjustizamt entstammenden Artikel an zu singen und zu sagen von dem Segen der Zeugniszwangsfolter. Sie schrieb u. a.: „Seit 1898 sind Organe der Tagespresse 21mal vom Zeugniszwange betroffen worden. In 18 dieser Fälle hatten sozialdemokratische Blätter die leidende Rolle. In 8 Fällen handelte es sich um Blätter anderer Richtung, in 6 dieser Fälle waren es Blätter von mehr oder weniger lokaler Bedeutung, und nur in 2 Fällen waren größere Blätter betroffen. Sonach ist festzustellen, daß die große Tagespresse im Laufe von 10 Jahren mit dem Zeugniszwange recht selten in Konflikt geraten ist; nur die sozialdemokratische Presse konnte sich mehr beklagen. Daß, wenn es bei dem jetzigen Rechtszustand einstweilen noch verbleibt, die Daseinsbedingungen der deutschen Presse ernstlich berührt werden, läßt sich gegenüber den angegebenen Zahlen schwerlich behaupten." Es ist nur merkwürdig, daß in dieser Sophisterei nicht auch zwischen konservativer und liberaler Presse unterschieden und der Schluß gezogen wird, da die Junkerblätter nicht mit der Zeugniszwangshaft in Berührung gekommen seien, sei die Klage über dieses mittelalterliche Institut ebenso unverständlich wie unbegründet. Aber in der Ära der konservativ-liberalen Paarung ging das wohl nicht gut an. Die Tante Voß findet nun in dem Artikel ein Haar. Sie wendet sich entschieden dagegen — und das ist recht brav —, daß zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen und kleineren und größeren Blättern unterschieden werde. Sie behauptet zum zweiten — und das ist sehr richtig —, daß die angezogene Statistik sehr unvollständig sei. Und zum dritten stellt sie mit Entschiedenheit fest — und das ist sehr wacker —, daß die Zeugniszwangshaft einer Verleitung zu unehrenhaften Handlungen gleichkomme. Zum Schluß schreibt die „Voss. Zeitung" und das ist nur mehr naiv —: „Nicht an das Reichsjustizamt, sondern an den Reichskanzler richtet die Presse einen Appell. Fürst Bülow, der leitende Staatsmann, hat offenes Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit und für die geistigen Strömungen der Gegenwart. Er wird verstehen, daß und warum ein Zeitungsschreiber mitunter genötigt ist, Dinge zu veröffentlichen, die an dieser oder jener Stelle Anstoß erregen, und als Mann von Ehre auch unter dem Zeugniszwang seine Quelle nicht angeben kann und darf. Fürst Bülow wird erkennen, daß ein Gesetz, das zu unanständigen Handlungen zwingen will, ein schlechtes Gesetz ist und daher abgeschafft werden muß, je schneller, je besser." Fürst Bülow wird auf die liberalen Preßkulis pfeifen, die ihn byzantinisch umschmeicheln, um ein liberales Konzessiönchen zu erlangen!

Der politische Pfarrer und die Bourgeoisie. Die bekannte Affäre des Pfarrers Korell kam in neuer Auflage vor das Schöffengericht in Darmstadt. Es war im „Darmst. Anz." die Behauptung aufgestellt worden, Pfarrer Korell habe 1905 in der Stichwahl am Stammtisch für die Wahl des Sozialdemokraten Cramer sich ausgesprochen. Korell widersprach und es kam schließlich ein Beleidigungsprozeß zu stande, eine Menge Zeugen wurden aufgeboten und es wurde vielerlei Klatsch und Tratsch vor Gericht ausgekramt. Aus unbedeutenden Äußerungen, die in staatserhaltenden Kreisen eifrig kolportiert wurden, entnahmen einige Zeugen, daß Korell tatsächlich Cramers Wahl begünstigt und Stimmzettel verbreitet habe, eine ganze Reihe anderer Zeugen sagte dagegen aus, Korell sei strammer Nationalsozialer gewesen, habe aber nicht zur Sozialdemokratie geneigt. Das Gericht hat schließlich am Freitag die Klage Korells abgewiesen; es fand, der Beweis sei erbracht, daß Korell tatsächlich Cramers Wahl als das kleinere Übel betrachtet und begünstigt habe; wenn im „Tägl. Anzeiger" ihm Feigheit und Unwahrhaftigkeit vorgeworfen worden sei, so sei das nicht in beleidigender Absicht geschehen, auch komme dem Redakteur Graswurm der Schutz des § 193 zu gute, denn er habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Auch Graswurms Widerklage wurde abgewiesen, denn es sei nicht ersichtlich, daß Korells Invektiven sich direkt auf ihn bezogen hätten. Wahrscheinlich wird mit diesem Prozeß der Krieg noch nicht beendet sein, denn obgleich bei der Hottentottenwahl die Korellianer löblich eingeschwenkt sind, ruhen Korells Gegner nicht, bis er verbrannt ist oder doch seine Pfarre verläßt. Es ist eine widerwärtige Sache, wenn dem Pfarrer die Ausübung eines Staatsbürgerrechts als Amtsverbrechen angerechnet wird. Es ist aber eine sehr schwächliche Verteidigung, wenn der Pfarrer die Behauptung, er habe an der Stammtischrunde für die Wahl des sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten sich ausgesprochen, als Bezichtigung empfindet, gegen die er sich wehren muß. Den Vorwurf der Feigheit und Unwahrhaftigkeit durfte Korell freilich nicht auf sich sitzen lassen, aber warum hat er sich ihm erst ausgesetzt? Nun wird er weiter klagen müssen, und selbst wenn die Strafkammer zur Verurteilung Graswurms kommt, so hat doch Korells politisches Ansehen einen schweren Stoß erlitten. Eine knorrige Eiche erschien er vielen, die jetzt in ihm eine biegsame Weide erblicken werden. Er ist eben der Typus des Nationalsozialen. „Sozial" so lange es angeht; aber um Himmelswillen sich nicht „kompromittieren".

Wieder ein Opfer. Unter den Nachwehen des Prozesses gegen den Redakteur Karl Schneidt hat der als Zeuge vernommene Kunstverlagshändler Max Neumann schwer zu leiden. In dem Prozeß kam zur Sprache, daß Neumann durch einen Beamten der Kriminalpolizei erfahren haben wollte, daß Sittenbeamte in der Wohnung der Frau Th. in der Charlottenstraße nicht korrekt verfahren seien. Daraufhin hat der Polizeipräsident ein Disziplinar-Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt" eingeleitet. Da Neumann sich unter Berufung auf sein gegebenes Wort weigerte, seinen Gewährsmann zu nennen, wurde zunächst eine Geldstrafe von 20 Mk. gegen ihn verfügt und da diese an seinem Standpunkte nichts änderte, die Zeugniszwangshaft über ihn verhängt. Der Haftbeschluß gegen N. soll in den nächsten Tagen vollstreckt werden. Gegen diesen Beschluß hat N. zunächst Beschwerde eingereicht. Es ist, als wollte man die allgemeine Entrüstung, die die Zeugniszwangsverfahren der letzten Zeit hervorgerufen haben, frech verhöhnen!

Rußland.

Fünfzehntausend Skorbutkranke. Laut offiziellen Berichten sind im Gouvernement Ufa bis zum 23. April 15 673 Skorbutkranke registriert worden, und das bei der Tatsache, daß 250 000 Notleidende in den öffentlichen Speisehäusern einige Unterstützung finden. Die allrussische Semstwoorganisation zur Unterstützung Notleidender, die mit privaten Mitteln arbeitet, versorgt allein gegen 144 000 Personen in diesem Gouvernement. Ohne diese Hilfe, nur auf die Unterstützung der Regierung angewiesen, wäre die Mehrzahl der Notleidenden Hungers gestorben, denn die Zahl der Skorbutkranken zeigt, daß die Hilfsaktion noch jetzt bei weitem nicht ausreicht, um der endlosen Not abzuhelfen. Wie viel Personen in den entlegenen Gegenden Hungers gestorben sind, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Bestellte Arbeit nennen jetzt sogar bürgerliche Blätter die Geschichte von dem geplanten „Attentat" auf den Zaren und die Rede, die Stolypin in der Duma am Montag gehalten hat. Der Zweck sei, einen neuen Vorwand für die Beibehaltung der Standgerichte zu haben. Inzwischen werden von interessierter Seite Gerüchte verbreitet, die der Verschwörer-Angelegenheit erhöhte Wichtigkeit beilegen wollen; es sollen nämlich neuerdings sogar zwei Generale z. D., ein halbes Dutzend Offiziere und gegen dreißig Mann von der Leibwache des Zaren festgenommen und unter schwerster Komplott-Beschuldigung nach der Peter-Pauls-Feste geschafft worden sein. — Die Verhaftungen in Zarskoje Selo dauern fort. Die Polizei nahm in den letzten Tagen wieder zahlreiche Haussuchungen vor und holte die Verdächtigen aus den Betten heraus. Die Zahl der Teilnehmer an der Verschwörung soll 80 betragen.

England.

Für den Freihandel! Eine sehr bemerkenswerte Rede hielt am Pfingstsonntag in Edinburg der Parlaments-Untersekretär für die Kolonien, Winston Churchill. Er sprach über die auf der Kolonialkonferenz aufgeworfene und von der Torypartei und ihrer Presse Tag für Tag wieder vorgebrachte Forderung der Vorzugsbehandlung der Kolonien und erklärte dabei, daß die liberale Regierung die Tür, die zu einer Besteuerung der Nahrungsmittel führe, fest verrammelt und verriegelt habe und sie nicht öffnen würde, so lange Campbell-Bannerman Premierminister sei. Die Liberalen ständen wie ein Fels zwischen den hart arbeitenden Massen des Volkes und allen denen, die von dem kärglichen Wochenverdienst der ärmeren Klassen noch einen kleinen schäbigen Profit herausschlagen wollten. Sie würden niemals auch nur einen Penny eines Vorzugszolls auf ein einziges Pfefferkorn zulassen. Am Schlusse seiner Rede richtete Churchill einen Appell an Lord Rosebery, sich mit den Liberalen zu vereinigen in dem großen Kampfe mit den Lords über die Landfrage, dem man unabweisbar zutreibe. — In Deutschland haben die „Liberalen" es den Brotverteurern seinerzeit bekanntlich ermöglicht, daß der Hungertarif angenommen wurde.

Amerika.

Schon wieder ein Revolutiönchen. Nach einer Drahtmeldung aus New Orleans hat der Präsident von Nicaragua Zelayo an den Konsul von Nicaragua in New Orleans telegraphiert, daß in Salvador eine Revolution ausgebrochen sei, an deren Spitze Dr. Prudencio Alfara, der frühere Vizepräsident der Republik und jetzige Minister des Innern stehe.

Werftarbeiter.

Am 4. Mai fand eine gemeinsame Beratung zwischen dem Vorstand der Gruppe deutscher Seeschiffwerften, einer von diesem eingeladenen Kommission der Arbeiter und Vertretern der Verbände der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Schmiede, der Kupferschmiede und der Schiffszimmerer statt, die sich nach einer Anregung der Vorstände des Metallarbeiter- und des Holzarbeiter-Verbandes mit der Schaffung von Normen zur Regelung der Arbeitszeit, des Überstundenwesens, des Lohnverhältnisses, der Akkordfrage und des Arbeiterschutzes beschäftigte. Da diese Normen allgemeine, für alle Werftbetriebe geltende sein sollten, konnten sie nur gleichsam den Rahmen zu einer Regelung bilden, in den die speziellen Verhältnisse einer Werft berührende Einzelbestimmungen erst eingefügt werden. Diese Tatsache und die weitere, daß es die ersten Verhandlungen auf so allgemeiner Grundlage waren, ließ von vornherein die Erwartung nicht zu hoch steigern, nichtsdestoweniger dürften doch wohl die meisten Interessenten sich in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhung mehr versprochen haben. Wir lassen nachstehend einen Auszug aus dem Protokoll folgen und werden diesem dann die hauptsächlichsten der von den Werften für ihre Haltung angeführten Gründe anfügen. Das Ergebnis von den Verhandlungen war folgendes:

Arbeitszeit. Die Werften erklären sich bereit, spätestens vom 1. Oktober 1908 ab die Arbeitszeit auf 57 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Die Untergruppe Hamburg wird, wenn ihre Mitglieder zustimmen, diese Verkürzung schon vom 1. Oktober 1907 ab einführen und außerdem Sonnabends eine Stunde früher schließen, so daß für die Untergruppe Hamburg vom genannten Zeitpunkt ab die Arbeitszeit auf 56 Stunden wöchentlich verringert wird.

Es wird ausdrücklich vereinbart, daß die weitergehenden Zugeständnisse der Hamburger Untergruppe oder anderer Werften, die vielleicht auch schon vor dem 1. Oktober 1908 die Verkürzung der Arbeitszeit einführen, nicht dazu benützt werden dürfen, um bei den Werften, die nicht vor dem 1. Oktober 1908 zur Verkürzung der Arbeitszeit schreiten, eine frühere Einführung zu erzwingen.

Aus Gründen lokaler Art werden die exponiert liegenden Werften, Aktiengesellschaft Neptun in Rostock und Eiderwerft in Tönning, von der Einführung der 57 stündigen Arbeitszeit ausgenommen.

Überzeitarbeit. Die Bestimmung, ob und wann Überzeitarbeit erforderlich ist, bleibt den Werften überlassen, weil bei der Eigenart des Schiffbaubetriebs auf Überstunden nicht verzichtet werden kann. Im übrigen haben die Arbeitgeber schon der hohen Kosten wegen selbst das größte Interesse daran, die Überzeitarbeit nach Möglichkeit einzuschränken. Die Arbeiter übernehmen im Prinzip die Verpflichtung, erforderlichenfalls Überzeitarbeit zu leisten, jedenfalls dürfen die Leute, die zur Leistung von Überzeitarbeit bereit sind, nicht von der Organisation gehindert werden, solche zu leisten. — Anderseits soll den Arbeitern, die aus triftigen Gründen Überzeitarbeit nicht leisten können, daraus keinerlei Nachteil entstehen.

Lohnfrage. a) Einstellungslöhne sind bereits auf allen Werften eingeführt in der Weise, daß die Arbeiter in jedem Gewerbe mit einem bestimmten Lohne anfangen, der bei guten Leistungen nach gewisser Zeit erhöht wird. Einstellungslöhne in dem Sinne einzuführen, daß für alle Arbeiter, unabhängig von ihrem Alter und ihren Leistungen, ein gleich hoher Einstellungslohn bezahlt wird, lehnen die Werften ab.

b) Die Werften sind damit einverstanden, nach Einführung der vorerwähnten verkürzten Arbeitszeit eine der Verkürzung entsprechende Erhöhung der Löhne stattfinden zu lassen.

c) Der Aufschlag für Überzeitarbeit nach Schluß der Arbeitszeit, während der Nacht und Sonntags ist bisher in den einzelnen Bezirken verschieden gehandhabt worden und soll daher auch künftig den einzelnen Werften überlassen bleiben.

Akkordarbeit. a) Die Festsetzung des Akkordpreises durch Verabredung bei Übernahme der Arbeit (Akkordzettel) halten auch die Werften für notwendig.

b) Grundsätzlich werden die Akkordsätze auf allen Werften so gestellt, daß der Arbeiter bei fleißiger Arbeit einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann, daher lehnen die Werften im Prinzip eine Garantie des Stundenlohnes ab. Akkordsätze, die bei fleißiger Leistung und richtiger Angabe der aufgewendeten Zeit keinen den Lohnsatz übersteigenden Verdienst belassen, sollen von den Werften richtiggestellt werden.

c) Da die Zuschläge für Überzeitarbeit bei Akkordarbeiten von allen Werften mit Ausnahme der Hamburger Untergruppe über den Akkordverdienst hinaus bezahlt werden, wird auch die Untergruppe Hamburg versuchen, eine gleichartige Regelung herbeizuführen.

d) Die Werften lehnen eine Verteilung des Akkordüberschusses nach Kopfzahl bei Gruppenarbeit ab. Die prozentuale Verteilung des Überschusses bleibt den Werften überlassen. Dem Wunsche, daß bei Lösung des Arbeitsverhältnisses dem ausscheidenden Arbeiter sein Anteil an dem Überschuß der unvollendeten Arbeit erhalten bleibt, wird bereits jetzt Rechnung getragen in der Weise, daß Arbeiter, die von der Firma entlassen werden, ihren Anteil in jedem Falle erhalten. Arbeiter, die infolge von Krankheit, militärischen Übungen 2c. aus ihrem Arbeitsverhältnis vor Fertigstellung des Akkords ausscheiden, erhalten ebenfalls ihren Anteil am Überschuß ausbezahlt: wenn jedoch der Arbeiter aus anderen Gründen vor Beendigung des Akkordes freiwillig das Werk verläßt, begibt er sich damit seines Anrechtes auf den Akkordüberschuß. Die Härten, die bei lang laufenden Akkorden entstehen, werden die Werften abzumildern versuchen.

Eine Änderung dieses Verfahrens ist nicht angängig, weil dadurch die Sicherheit des Akkordverhältnisses in Frage gestellt und eine schwere Schädigung des Schiffwerftbetriebs herbeigeführt würde.

Sanitäre und Arbeiterschutzeinrichtungen. Die sanitären und Arbeiterschutzeinrichtungen werden durch die Werftleitungen stetig verbessert und außerdem durch die Berufsgenossenschaften und Gewerbeinspektionen kontrolliert. Die Werftleitungen erklären sich bereit, Anregungen zu Verbesserungen, die ihnen durch die Arbeiterschaft bekannt gegeben werden, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Wirkung der aufgestellten Grundsätze. Den hierunter geäußerten Wünschen: a) Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnung sollen mit obigen Grundsätzen in Einklang gebracht werden; b) günstigere Arbeitsverhältnisse sollen durch die Vereinbarungen unberührt bleiben, stimmen die Werften zu.

Auf den Danziger Bezirk finden obige Grundsätze keine Anwendung. —

Begründet wurde die Zurückhaltung der Werften in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit damit, daß der deutsche Seeschiffbau noch zu jung sei, um gegenüber dem noch heute überlegenen englischen und amerikanischen eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden wagen zu können. Der englische Seeschiffbau habe zwar durchgehends die neunstündige Arbeitszeit, der amerikanische dagegen halte noch zähe an der zehnstündigen und stellenweise noch längeren Arbeitszeit fest, und da sei es am Platze, wenn sich der deutsche Seeschiffbau auf der mittleren Linie halte. Die Einführung der verkürzten Arbeitszeit sei aber nicht sofort möglich, weil die Werften sehr langfristige Verträge haben, deren Kalkulationen noch die jetzige Arbeitszeit zugrunde läge. In Rostock und Tönning lägen die Verhältnisse wesentlich anders als in den übrigen Werftorten und daraus erkläre sich, daß diese Werften nicht an der Verkürzung der Arbeitszeit partizipieren könnten. — Die Überzeitarbeit könne

der Seeschiffbau nicht entbehren, wenngleich die Werften sich vollkommen darüber klar seien, daß sie sehr unrentabel sei. Eilige Reparaturarbeiten, Arbeiten vor dem Stapellauf sowie auch mancher Neubau, der mit kürzester Lieferfrist vergeben würde, um die Saison noch ausnützen zu können, seien auf Werften nicht anders als mit Überzeitarbeit zu erledigen. Im übrigen seien die Werften auch der Meinung, daß Schichten in ununterbrochener Folge über 24 Stunden hinaus ein Nachteil für Arbeitgeber und Arbeiter und zu vermeiden seien. Nur in ganz besonderen Fällen, bei Arbeiten, die eine Unterbrechung nicht vertragen, wie das Ausbohren eines Zylinders beim Maschinendefekt, könne eine derartige intensive Ausnützung der Arbeitskraft zugelassen werden. Wenn es öfter geschehe, liege es auch nicht selten an den Arbeitern. Eine Erhöhung der Löhne als Folge der Teuerungsverhältnisse könne jetzt nicht erfolgen, weil in den letzten sechs Monaten die Löhne auf der ganzen Linie erhöht worden seien. Die Überzeitbezahlung sei auf allen Werften geregelt und eine generelle Neuregelung wegen der örtlichen und betrieblichen Verschiedenheiten unmöglich.

Den Grundsatz, daß bei Akkordarbeit der Arbeiter bei gleicher Leistung über den Lohn verdienen solle, erkennen die Werften als richtig an und es sei auch zweifellos, daß ein Akkord, der dem Arbeiter unter dieser Voraussetzung und bei Vermeidung der Stundenschieberei nicht mindestens 25 Proz. Überverdienst bringe, unrichtig berechnet sei. In solchen Fällen sei Remedur am Platze und werde erfolgen. — Die Verteilung des Akkordüberschusses nach Kopfzahl sei unrecht gegen leistungsfähigere qualifizierte Arbeiter und berge die Gefahr in sich, diese aus den Betrieben hinauszudrängen. Die Werften hätten aber gerade ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung dieser Arbeiter für den Betrieb. Man wolle den Gruppen, die sich über eine anders geartete Verteilung untereinander verständigen, nicht entgegentreten, solange dem Betrieb kein Nachteil daraus entstehe. Es müsse eine solche Verständigung aber in vollstem gegenseitigem Einverständnis der Gruppenteilnehmer und nicht etwa durch Mehrheitsbeschluß herbeigeführt werden. — Die Erhaltung des Anrechts auf den Akkordüberschuß in jedem Falle könne zur vollständigen Ausschaltung des Akkordsystems führen, ohne das die Werften nicht bestehen können. Der Fall sei denkbar, daß vor Beendigung des Akkordes eine Gruppe durch Austritt ihrer Teilnehmer aus der Werft vollständig der Auflösung verfalle. Was solle dann wohl aus dem Akkord werden? Dies lasse die Beschränkung auf bestimmte Fälle geraten erscheinen.

Zum Schlusse sprachen die Vertreter der Unternehmerorganisation noch den Wunsch aus, daß künftighin alle Differenzpunkte zwischen Werftbesitzern und Arbeitern durch leidenschaftslose gegenseitige Aussprache beseitigt werden mögen, dadurch würde der durchaus entwicklungsfähige deutsche Schiffbau zu beiderseitigem Nutz und Frommen der in ihm tätigen Arbeitgeber und Arbeiter nur gewinnen.

Dieser Wunsch, aus dem die Bereitwilligkeit zu einer gegenseitigen Aussprache hervorgeht, scheint uns neben der Verkürzung der Arbeitszeit, deren Verwirklichung wir allerdings in näherer Bälde gewünscht hätten, der wichtigste Fortschritt in der ganzen Frage zu sein. Und dies besonders deshalb, weil auch Einzelberatungen der Arbeiter mit ihren Werftleitungen oder den örtlichen Gruppen als zulässig und über Spezialfragen sogar erwünscht erklärt wurden.

Die Vertreter der beteiligten Arbeiterverbände haben sich mit dieser Frage beschäftigt und sich entschlossen, wenn sie das Erreichte auch nicht voll zu befriedigen vermag, das Resultat den Mitgliedern als Grundlage für die Regelung der Arbeitsverhältnisse für die nächste Zeit zur Annahme zu empfehlen und so den Weg frei zu machen für Spezialverhandlungen in den einzelnen Werftorten und Betrieben. Da es zweifellos auch hier der Erledigung einiger Vorfragen und einiger Vorbereitungen bedarf, ist es Pflicht der Mitglieder, vertrauensvoll dem Winke ihrer Verbandsleitungen gewärtig, nichts zu unternehmen, was die Einleitung und den weiteren Gang der Spezialverhandlungen stören könnte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 23. Mai.

Achtung, Holzarbeiter! Zuzug nach Mölln (Lauenburg) ist fernzuhalten.

Travemünde. Gesperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhrmann.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am kommenden Montagmorgen stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Nachbewilligung auf die für die Ausgaben des Katasteramts im Staatsbudget für 1906 vorgesehenen Mittel. 2. Legung von elektrischen Kabelleitungen auf dem Markier Villenterrain und Anschluß desselben an das Kabelnetz des städtischen Elektrizitätswerkes. 3. Legung von elektrischen Verteilungskabeln in der Straße Am Brink und in der Bäckerstraße. 4. Legung von elektrischen Verteilungskabeln in Straßen zwischen der Schwartauer Allee und der Fackenburger Allee. 5. Erweiterung von Einrichtungen auf dem Gaswerk II. 6. Errichtung einer Bertha Gobert-Stiftung. 7. Schaffung neuer Beamtenstellen beim Katasteramt. 8. Nachbewilligung auf die Positionen 2 b, 3 b und 9 des Art. 23 der Ausgabenseite des Staatsbudgets für 1906. 9. Unentgeltlicher Erwerb einiger zu Bahn- und Straßenanlagen in Dänischburg erforderlicher Flächen. 10. Enteignung von Ländereien in der Gemarkung Siems. 11. Schaffung einer neuen Oberkontrolleurstelle beim hiesigen Hauptzollamt. 12. Ausbau des Weges von Kücknitz nach Herrenwyk als befestigter Grandweg (Grandchaussee).

Haftpflicht des Eisenbahnfiskus. Wenn der Unfall eines Reisenden mit dem Eisenbahnbetrieb unmittelbar nichts zu tun hat, so erkennt unter gewissen Umständen das Reichsgericht dennoch eine Haftpflicht an. In einem Wagen 4. Klasse war eine Schlägerei zwischen mehreren Reisenden entstanden, an der Kläger unbeteiligt blieb; er wurde aber von der Plattform gedrängt, fiel vom Wagen und wurde schwer verletzt. Der Eisenbahnfiskus wurde zur Zahlung einer Rente verurteilt. Es handelte sich mittelbar wenigstens beim Herabfallen des Klägers um einen Betriebsunfall; bei der Schnelligkeit, mit der sich der Zug bewegte, konnte Kläger unbeschädigt von der Plattform gar nicht auf den Bahndamm gelangen, er verunglückte deshalb bei der und durch die Fahrlässigkeit der Eisenbahn. Der Einwand des Beklagten, es liege eigenes Verschulden des Klägers vor, weil er ohne zwingende Not die Plattform des Wagens betreten habe, während andre Fahrgäste ohne Gefahr im Wagen geblieben waren, konnte nicht für begründet erachtet werden. Ebensowenig lag höhere Gewalt vor, wenn festgestellt worden wäre, daß Kläger durch Dritte gewaltsam von der Plattform herabgestürzt worden wäre. Die eigenartigen Verhältnisse des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, in dem der Unfall sich ereignete, müssen berücksichtigt werden, besonders daß die dortige Bevölkerung zu Exzessen neigt. Zur Verhütung solcher Vorkommnisse wäre es möglich und ohne erhebliche Kosten auch durchführbar gewesen, daß auf jeder Seite der Abteilungen ein die Notbremse in Bewegung setzender Griff angebracht wurde. Ebenso hätte die Plattform der Wagen so wie bei den Kleinbahnen auf den Seiten mit Türen oder ähnlichen Sicherheitsvorrichtungen versehen werden können; schließlich hätte durch Kontrollbeamte für Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt werden können. Demzufolge lag ein Verschulden des Bahnfiskus vor; von „höherer Gewalt" konnte nicht die Rede sein. Anderseits haftet der Fiskus selbstverständlich, wie auch das Urteil besagt, nur für Unfälle, die im Betriebe selbst mittelbar oder unmittelbar begründet sind. Für Verletzungen, die ein Reisender einem andern während der Fahrt zufügt, die also nicht durch den Betrieb veranlaßt werden, trägt der Fiskus keine Verantwortung.

Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission. Es wurden im ganzen am 17. Mai d. Js. kontrolliert 86 Bauten, davon waren im Rohbau 48, fertiggestellte Bauten 35, im Durchbau befanden sich 3 Bauten. Beschäftigt waren an diesen Bauten 480 Maurer, 180 Zimmerer, 210 Lehrlinge, 500 Bauarbeiter, 40 Maler, 20 Tischler, 15 Dachdecker, 18 Töpfer, 2 Stuckateure. Im großen und ganzen konnte man mit dem Ergebnis der Kontrolle zufrieden sein. Vielfach fehlte es jedoch noch an den Leitergängen, an denen noch bessere Abdeckung angebracht wäre. Beim Barackenbau von Heidenreich in der Klosterstraße fehlte die Baubude gänzlich, obwohl dort mehrere Arbeiter beschäftigt waren. Beim Unternehmer Thormann war außen ein Gerüst nicht vorhanden und das Treppenhaus nicht abgedeckt. Der Maurermeister Lüth verweigerte der Bauarbeiter-Schutzkommission den Zutritt indem er meinte, er könnte seinen Bau selbst kontrollieren.

Aufgehobenes Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Paul Hinrich Hubert, alleinigen Inhabers der Firma Ferdinand Schuppe in Lübeck wird, nachdem die Schlußverteilung erfolgt ist, aufgehoben. — Gleichfalls aufgehoben ist das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 27. Juli 1905 zu Lübeck verstorbenen Zimmermeisters Arjes Heinrich M[illegible].

Die Herrschaft und der Dienstbote. Nach § 617 B. G. B. hat die Dienstherrschaft im Falle der Erkrankung des Dienstboten die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von 6 Wochen, jedoch nicht über die Beendigung des Dienstverhältnisses hinaus, zu gewähren, sofern nicht die Erkrankung von dem Dienstboten vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt worden ist. Die Verpflegung und ärztliche Behandlung kann durch Aufnahme in eine Krankenanstalt gewährt werden. Die Kosten kann die Dienstherrschaft auf die für die Zeit der Erkrankung geschuldete Vergütung anrechnen. Wird das Dienstverhältnis wegen der Erkrankung von der Herrschaft ohne Kündigung aufgehoben (§ 626 B. G.), so bleibt die dadurch herbeigeführte Beendigung des Dienstverhältnisses außer Betracht, d. h. die Herrschaft muß dennoch für Verpflegung und ärztliche Behandlung in oben angegebenem Umfange aufkommen.

Pflanzen in Zimmern. Die Annahme, daß solche in Wohn- und Schlafräumen schädlich seien, bestätigt sich durchaus nicht. Nur starkriechende Blumen sind während der Nacht vom Übel. Gesunde Pflanzen nehmen eine Menge Kohlensäure auf und machen die Luft rein; sie sind in der Tat das beste Luftreinigungsmittel. Viele Pflanzen vertragen jedoch die trockene Luft, welche in geheizten, staubigen Räumen herrscht, nicht. Man sollte deshalb bei der Wahl derselben einen erfahrenen Gärtner befragen. Eine sich vorzüglich eignende Pflanze ist u. a. der Eucalyptus globulus, blauer Gummibaum, sowie der Epheu.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag mittag 11½ Uhr bei Bergmann u. Sohn. Der Arbeiter Westfehling stürzte 12 Fuß tief rücklings vom Posten und erlitt schwere innere Verletzungen. Der Ärmste wurde mittels Sanitätswagen dem Krankenhause zugeführt.

Zum traurigen Ende des Fräulein Frymark, die sich im Verein mit ihrer Freundin das Leben nahm, wird uns von seiten der Angehörigen mitgeteilt, daß die Ursache Liebesgram war. Das junge Mädchen hatte seit etwa 1¼ Jahren ein Liebesverhältnis mit einem hiesigen Verkäufer. In letzter Zeit war zwischen den beiden Liebesleuten ohne Schuld des Mädchens eine Entfremdung eingetreten; die Folge war bei dem Mädchen Schwermut und Selbstmord. Der Bräutigam dagegen soll die Pfingsttage recht vergnügt zugebracht haben.

pb. **Seidenblusendiebstahl.** Am 21. vor. Mts. gegen 5 Uhr nachmittags wurden aus einem an der Mittelstraße belegenen Hause ein aus schwarzen Pferdehaaren geflochtener Damenhut und eine schwarze Seidenbluse gestohlen. Der Hut war mit schwarzem Chiffre und einer großen Teerose garniert.

pb. **Gestohlene Schmucksachen.** Wie diesseits bekannt wurde, hat ein unbekannt geliebter Bettler am Dienstag, den 21. d. Mts., nachmittags, in einem Hause der Yorkstraße linksseitig, in einer auf dem Boden befindlichen Kammer aus einer Kommode Schmucksachen gestohlen. Ein Teil dieser Sachen wurden bei einem hiesigen Goldschmied verkauft, und durch die Kriminal-Polizei vorläufig beschlagnahmt. Der Diebstahl scheint durch die Bestohlene noch nicht bemerkt zu sein. Die unbekannte Eigentümerin wird ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Abteilung, Johannisstraße Nr. 1, 2 Treppen, Zimmer Nr. 5, zu melden.

pb. **Mietsgeldschwindlerin.** Am Freitag, den 17. Mai, vermietete sich ein unbekanntes Dienstmädchen, welches sich Friedrichsen oder Fredrichsen nannte und Ludwigstraße Nr. 4 wohnen wollte, bei einer Herrschaft in der Glockengießerstraße unter der Vereinbarung, den Dienst am nächsten Morgen um 10 Uhr antreten zu wollen. Das Mädchen erhielt 2 Mk. Handgeld und entfernte sich, ohne bisher ihren Dienst angetreten zu haben. Die des Betruges Verdächtige ist etwa 1,60 m groß, hat blondes Haar, graue Augen, ziemlich großen Mund, ovales Kinn, breites Gesicht, frische Gesichtsfarbe und kräftige Statur. Sie war bekleidet mit einem roten Kleid, schwarzem Gürtel mit einer großen Schnalle von gelbem Metall und schwarzem Jackett.

pb. **Geborgene Leiche.** Die Leiche des am 4. Mai d. J. bei der Hüxtertorbrücke in den Kanal gefallenen und ertrunkenen Arbeiters Gerber wurde Mittwoch morgen geborgen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Beim neuen Güterbahnhof wurde am 21. d. Mts. ein einem Arbeiter aus Fliegenfelde gehöriges Fahrrad, Marke „Deutschland", mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, vierkantiger Satteltasche und nach hinten gebogener Lenkstange gestohlen.

Wilhelmtheater. Ein durchschlagender Lacherfolg kennzeichnete die Aufführung von Kadelburgs „Der Weg zur Hölle". Die heiterste, fröhlichste Laune und ausgelassenste Lustigkeit begleitete die ganze Vorstellung. Morgen wird das heitere Stück wiederholt. Für die volkstümliche Vorstellung am Sonnabend ist das Lustspiel „Der Tanzhusar" ausersehen, das mit dieser Aufführung vom Spielplan verschwindet. Sonntag findet die erste große Doppel-Vorstellung statt und wird außer „Eine lustige Doppel-Ehe" noch der Schlager der Spielzeit, die sensationelle Detektiv-Komödie „Der Erbe von Baskerville" gegeben.

Neustadt i. H. Lokalfrage. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der Wirt des „Kolosseum" hierselbst uns sein Lokal entzogen hat; uns steht z. Zt. kein Lokal in Neustadt und Umgegend zu Versammlungen zur Verfügung. Die radfahrenden Genossen werden besonders hierauf aufmerksam gemacht.

Hamburg. Der Streik der Seeleute umfaßt das gesamte Decks- und Maschinenpersonal. Ausgeschlossen von dem Streik sind die Mannschaften der Fischdampfer, der Schlepp- und Leichterfahrzeuge, sowie die Köche und Stewards sämtlicher Schiffe, mit Ausnahme der Zwischendecks-Stewards, die zu Deckarbeiten herangezogen werden können. Der Verbandsvorstand hat schon am 1. April d. J. den Verein Hamburger Reeder um Verhandlung über das Lohn- und Arbeitsverhältnis ersucht. Die Reeder haben jede Verhandlung abgelehnt. Am 20. Mai hat der Verbandsvorstand ein erneutes Ersuchen um Verhandlungen an die Reeder gerichtet und diesem Ersuchen ist nun durch den Streik der entsprechende Nachdruck gegeben worden, um die Reeder zu Verhandlungen geneigt zu machen. Gefordert wird von den Seeleuten einheitliche Regelung der Heuersätze, eine Erhöhung bezw. einheitliche Festlegung des Ueberstundenlohnes, eine einheitliche Regelung der Kündigungsfristen, des Ueberstundenwesens, des Wachesystems und des Anheuerungswesens. Sie fordern ferner, daß ihnen einmal Gelegenheit gegeben wird, ihre Klagen über Bemannung, Behandlung und Beköstigung an Bord den Reedern selbst vortragen zu können. Nach dem Wehgeschrei der Reederpresse ist der Streik natürlich wieder „frivol vom Zaun gebrochen", obgleich der Vorstand des Seemannsverbandes wiederholt bei den Reedern um Verhandlungen nachgesucht hat, aber frivol abgewiesen worden ist. Die Reeder haben wahrscheinlich erwartet, die Seeleute würden den Streik vier Wochen vorher ankündigen, damit die Reeder Zeit genug haben, sich mit englischen Streikbrechern zu versorgen. Darin haben sie sich getäuscht. Die Klagen der Reederpresse, „daß der Streik wie ein Blitz aus heiterm Himmel kommt", werden niemand rühren. Der Streik der Seeleute erstreckt sich auf alle Schiffe der folgenden Häfen: Hamburg-Altona, Flensburg, Tönning, Apenrade, Kiel, Rendsburg, Schleswig, Memel, Königsberg und Danzig. Der Verein Hamburger Reeder hat auf das erneute Schreiben des Vorstandes des Seemannsverbandes vom 20. d. M. erwidert, daß er es nach wie vor ablehnen müsse, mit der gegenwärtigen Leitung des Seemannsverbandes in Verhandlung zu treten, daß er aber über Wünsche der Seeleute, die ihm von einer Kommission aktiver Seeleute übermittelt werden, verhandeln will. Die Verhandlung mit der Leitung des Seemannsverbandes müsse er ablehnen, weil diese „die Arbeitnehmer systematisch gegen die Reeder aufreize". Zum Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Seemannsverband könne der Verein Hamburger Reeder seine Zustimmung nicht geben. — Das Amtsblatt der Republik Lübeck findet natürlich, daß so frivol, wie hier, noch niemals ein Streik vom Zaun gebrochen wurde. Bemerkt sei hierzu, daß diese Bemerkung in den „Lüb. Anz." noch jedem Bericht über irgend einen Streik in Lübeck und dessen Nachbarschaft gefolgt ist.

Wilhelmshaven. Schiffskollision. Das Torpedoboot „S. 107" kollidierte gestern mit dem Kreuzer „Lübeck". Das Torpedoboot ist schwer beschädigt eingelaufen.

Cuxhaven. Bei den Bergungsarbeiten der auf der Reede von Altenbruch gesunkenen Viermastbark „Wanderer" ist gestern morgen der Taucher Stolter vom Nordischen Bergungsverein tödlich verunglückt. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Neumünster. Am Grabdenkmal ihres Mannes erhängte sich mit einer dünnen Schnur auf dem neuen Kirchhof die 54 Jahre alte, schwermütige Witwe Marie Kellsen. — Auf der Eisenbahnstrecke Neumünster—Aspe fiel ein 20jähriger polnischer Arbeiter durch eigene Unvorsichtigkeit aus dem Zug, wurde überfahren und noch etwa 1300 Meter weit fortgeschleift. Der Pole ist auf der Stelle getödtet worden.

Winsen. Eine furchtbare Bluttat hat hierselbst ein unbekannter Mensch verübt. Bei einem Streit in einer Wirtschaft zog derselbe plötzlich ein Messer und erstach den Stellmacher Cordes und den Knecht Otte. Während der Knecht Otte sofort entseelt zu Boden sank, starb der Stellmacher Cordes in kurzer Zeit. Dem zu Hilfe eilenden Gendarm Keide aus Salzhemmen versetzte er einen Stich in die Lunge. In schwerverletztem Zustande schaffte man ihn ins Krankenhaus nach Winsen. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Als der Mörder sah, was er angerichtet hatte, floh er, wurde aber von den Ortseinwohnern eingeholt, gezüchtigt und dann gefesselt nach Winsen geschafft. Zwischen seinen Papieren fand man ein Verbandsbuch des Harburger Metallarbeiterverbandes. Dem Anschein nach hat er das Buch irgendwo gestohlen. Der Täter verweigert hartnäckig jede Auskunft über seine Persönlichkeit. Der Stellmacher Cordes war verheiratet und hinterläßt eine Frau und zwei unversorgte Kinder. Der Knecht Otte stand im Alter von 20 Jahren. Der Mörder, der am Tage vorher ein Fahrrad, das er vergebens zum Kauf anbot, an der Hand führte, wird auf 25—30 Jahre geschätzt.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten".**

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Joh. Baumann
Martha Baumann, geb. Streich,
Vermählte.

Für die vielen Gratulationen zu unserer Hochzeit sagen wir unsern herzlichen Dank.
D. O.

Zu vermieten **2 Zimmer, Küche, Boden, Keller,** am liebsten an Leute ohne Kinder.
Näheres Ludwigstraße 87 a, part.

Gesucht eine Waschfrau

für einen Tag in der Woche
Große Burgstraße 27.

Johannes Probst

Uhrmacher **Marlistraße 29**

Reparaturen unter Garantie prompt und billigst. Federn M. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.

Haarwuchs-Pomade

das sicherste Mittel gegen Ausfallen der Haare, entfernt alle Kopfschuppen und fördert den Haarwuchs innerhalb 14 Tagen. Preis pro Dose Mk. 1.50. Nur zu haben bei
Johs. Lau, Friseur, Dankwartsgrube 89.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen . .	2,20—6,45
Maurerhosen . .	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen .	1,08—2,35
Zwirn-Hosen . .	1,68—3,25

feinere Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breite-S. 24

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie **billig** und **reell** bei

Markt 4. Otto Albers Kohlm. 10.

z. B. komplete Betten von **12.50** Mk. an.
Federn pr. Pfd. von **45** Pf. bis 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 ▭ LÜBECK ▭ Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung
von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher
Buchdruckarbeiten
in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenauflagen: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung
von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Heinr. Hagelstein, Königstr. 85, bei der Wahmstraße.
empfiehlt. vorzügl. 5- u. 6-Pfg.-Zigarren, Zigaretten, Rauch- u. Kautabake.

St. Lorenz-Beerdigungs-Institut

von **Georg Behnck, Warendorpstr. 4.**

Uebernahme ganzer **Beerdigungen.**
Transport von u. n. Auswärts.
Kränze und Grabkreuze.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.

Wer

gute und billige Schuhwaren kaufen will, gehe zu

Louis Levy, Lübeck
ob. Marlesgrube 4 u. 6, Ecke Klingenbg.

Rote Rabattmarken!

Damen-Spangenschuhe	2,25
Damen-Schnürschuhe	3.75
Damen-Schnürstiefel	5.75
Damen-Schnürstiefel (sehr eleg.)	7.50
Herren-Schnürschuhe	3.75
Herren-Zugstiefel	4.75
Herren-Schnürstiefel	4.50
Herren-Schnürstiefel (extra stark)	6.75

Kinder-Agraffenstiefel

25—26	27—30	31—35
2.85	3.50	3.85

Goldene u. silb. Uhren

gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft
Goldenkrähe 27.

St. Lorenz
erstes und ältestes
Motor- u. Fahrradhaus

Nur noch kurze Zeit dauert mein
Riesen-Ausverkauf
wegen Neubau des Geschäftshauses, daher versäumen Sie nicht, mein großes Lager in **Fahrrädern und Ersatzteilen** zu besehen. Da können Sie sich von den **billigen Preisen** und **guter Qualität** überzeugen. — Sie erhalten bis zu **20 Prozent Rabatt.**

H. Benthien
Fackenburger Allee 53.
Während des Neubaues: schrägüber.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von **Hans Kraemer** in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.
Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

Achtung!

Lastdienarbeiter!

Versammlung

am Freitag, den 24. Mai,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52.
Tages-Ordnung:
Innere Sektionsangelegenheit.
Der Vorstand

Wilhelm-Theater.

Freitag: 13. Abonnements-Vorstellung.
Großer Heiterkeitserfolg!

Der Weg ● ● ● ● ● ● ● ● zur Hölle.

Anfang präzise 8 Uhr.
Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Der Tanzhusar.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 117. Donnerstag, den 23. Mai 1907. 14. Jahrg.

Zur Leutenot in Ostelbien.

Die Verwendung der landwirtschaftlichen Maschinen hat einen gut Teil der Arbeit auf landwirtschaftlichen Großgütern zur Saisonarbeit gemacht. Dieselbe Arbeit wird jetzt in kaum so viel Wochen, ja Tagen bewältigt, als früher in Monaten. Sind für die das ganze Jahr hindurch zu leistende landwirtschaftliche regelmäßige Arbeit weit weniger Arbeiter als früher erforderlich, so muß insbesondere auf den Gütern, auf denen an dauernden Arbeitskräften gespart wird, sich ein Arbeitermangel zu den Zeiten einstellen, in denen viel Arbeit in kurzer Zeit zu verrichten ist, insbesondere also zur Erntezeit. Eine naturgemäße Abhilfe gegen diese aus der veränderten landwirtschaftlichen Produktionsweise folgernde sogenannte „Leutenot" schafft ein selbst tätiger, selbst arbeitender, nicht nur besitzender Gutsbesitzer durch Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit, Vermehrung der Zahl der ständig beschäftigten Arbeiter und durch Darbietung besserer Arbeitsbedingungen. Wer so vorgeht, leidet nicht unter Arbeitermangel. Das ist gelegentlich des albernen Spottes festgestellt, den die „Deutsche Tageszeitung" im vergangenen Jahre gegenüber der Maifeier auf den Rittergütern der Genossen Ebhardt auf Komorowen bei Bialla und Hofer auf Groß-Skalsgirren für angebracht hielt. Es wurde u. a. vom Genossen Hofer damals festgestellt, daß er auf seinem 2300 Morgen umfassenden Besitztum so viel Arbeiter beschäftigt als die meisten Güter auf 4000 Morgen haben. Anders gehen die Großgrundbesitzer vor, die nach dem Grundsatz „Arbeit schändet, Besitz adelt" handeln und es als ihr ererbtes oder erkauftes Recht betrachten, den Vorteil der immens gestiegenen Grundrente für sich allein zu behalten und die Arbeiter als Hörige des gnädigen Herrn von Sonnenaufgang bis nach Sonnenuntergang gegen jämmerlichen Lohn, schlechte Kost, erbärmliche Wohnungen und herrische Behandlung auszubeuten und zu kujonieren. Dadurch treibt er die Arbeiter in stärkerem Maße zur Landflucht aus dem industriearmen Osten, als die veränderte Produktionsweise allein es bedingt. Die junkerliche Erwerbsgesellschaft mit unbeschränkter Raffgier ist weit davon entfernt, die Ursachen der Landflucht, soweit diese außerhalb der veränderten Wirtschaftsweise liegen, zu verringern. Im Gegenteil: sie sucht zur Zwangsarbeit die ländliche Arbeiterklasse in roherer, für die Arbeiter selbst weit nachteiligerer Weise als die mittelalterliche Leibeigenschaft, bei der der „Herr" immerhin verpflichtet war, für den Unterhalt der Leibeigenen das ganze Jahr hindurch zu sorgen, zu zwingen. Weit entfernt, die bestehenden schmachvollen Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter Ostelbiens zu beseitigen, schreit die Junkerklasse nach neuen Ausnahmegesetzen und macht die Staatsgewalt gegen die Arbeiterklasse mobil. Durch ungerechte Gesetze und parteiische Handhabung der bestehenden Gesetze sucht sie das Vereinigungsrecht der ländlichen Arbeiter lahmzulegen. Die „patriotische" Heranziehung minderwertiger ausländischer Arbeiter, die unter betrügerischen Vorspiegelungen nach Deutschland gelockt werden und hier entgegen dem Sinn und Wortlaut der Staatsverträge von der Ausweisung bedroht werden, sowie sie Rechte begehren, ist eines der infamsten Mittel, das diese „Edelsten der Nation" verherrlichen.

Alle diese und ähnliche unter der Flagge des Kampfes gegen „Leutenot" von dieser rückständigsten Kaste der Besitzenden gegen die Arbeiterklasse unternommenen Mittel sind Untergrabungen der Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung, die auf der Arbeit rechtlich Freier und auf der Anerkennung des Strebens nach voller Gleichberechtigung beruht. Dies gemeingefährliche Treiben der Junker wirkt freilich wider ihren Willen revolutionierender als viele aufklärende Reden und Schriften es vermögen. Die aus den ostelbischen Gefilden nach den Industriegegenden des Westens gehetzten armen Landproletarier lernen durch die Leiden, die ihnen zugefügt sind, die Ursachen des bestehenden Kampfes zwischen Kapital und Arbeit außerordentlich schnell begreifen. Davon legen zahlreiche Briefe von Landproletariern Zeugnis ab, die noch als Feinde der Sozialdemokratie den Osten verließen, die ihnen nur in dem Zerrbilde bekannt war, das unsere verehrten Gegner von ihr zu entwerfen beliebten, und schon nach kurzer Beschäftigung im Westen sich zur Sozialdemokratie als der einzigen Retterin gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse freudig bekennen.

Aufpeitschend wirkt vor allem das am eigenen Leibe gespürte herrische Benehmen so vieler Großgrundbesitzer und das Gefühl fast vollkommener Rechtlosigkeit der Arbeiter. Über die Gerichtserlebnisse eines Arbeiters, der früher sein elendes Schicksal als Gottes Fügung betrachtete, gehen uns folgende Mitteilungen zu, die zeigen, wie schwer ein Arbeiter kämpfen muß, um auch nur den sauer verdienten Lohn zu erhalten:

Auf dem Gute des Herrn v. Sas in Komalmen (Ostpreußen) war der Arbeiter A. als Instmann wohnhaft. Bis zum Juli des vorigen Jahres hatte er seine Obliegenheiten zur Zufriedenheit seines Vorgesetzten verrichtet. Im Juli 1906 stellte nun der Wirtschaftsinspektor des Herrn v. S. an den Arbeiter das Verlangen, am Sonntag den Kuhstall auszumisten. Für diese sicherlich nicht besonders angenehme Sonntagsarbeit, die vier Stunden angestrengtester Tätigkeit kostet, sollte der Arbeiter den horrenden Lohn von sage und schreibe 20 Pf. erhalten! Der Arbeiter lehnte dies Ansinnen wegen zu geringer Bezahlung der Arbeit, und weil er kontraktlich zur Sonntagsarbeit nicht verpflichtet sei, ab. Die Folge war, daß der Arbeiter sofort aus der Arbeit entlassen wurde und auch die Wohnung räumen mußte. Außerdem erhielt er auf Antrag des Herrn v. S. auch noch einen Strafbefehl vom Amtsvorsteher von drei Mark zudiktiert — wegen „Gehorsamsverweigerung" (!!!). Gegen diesen Strafbefehl beantragte der Arbeiter gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht zu Guttstadt verurteilte ihn aber zu zehn Mark und Tragung der Kosten. „Von rechts wegen", weil er seinem „gnädigen Herrn" den Gehorsam verweigert habe. Gegen dieses Urteil legte der Amtsanwalt, der Freisprechung beantragt hatte, im Interesse des Verurteilten Berufung ein. Das Landgericht zu Bartenstein erkannte auf Freisprechung.

In wie viel ähnlich liegenden Fällen wird gegen den schuldlosen Arbeiter ein auf Strafe lautendes ungerechtes Urteil rechtskräftig! Das Gefühl, auch „oben" nicht recht zu erhalten, wenn man im Recht ist, hält noch gar viele von Einlegung eines Rechtsmittels ab oder sie versäumen die Rechtsmittelfrist.

Der in dem geschilderten Fall vom Landgericht freigesprochene Arbeiter hat inzwischen den Staub Ostelbiens von seinen Füßen geschüttelt und ist nach Marten bei Dortmund verzogen, um auf einer Zeche in Arbeit zu treten. Mit Ostelbiens Gerichten ist er aber noch in Fühlung geblieben. Sein ehemaliger „Brotherr" hat ihm den sauer verdienten Lohn einbehalten. Der Arbeiter muß diesen und den Schadenersatz erst einklagen, der ihm gegen den „Herrn" wegen unrechtmäßigen Vertragsbruches zusteht.

Freies, unbeschränktes, geschütztes Koalitionsrecht tut den Landarbeitern bitter not, um wenigstens den ärgsten Bedrückungen durch gemeinsamen Zusammenschluß entgegenzutreten.

Die Mordtat des Streikbrechers von Nienburg.

Die näheren Meldungen über die unerhörte Schießerei der Streikbrecher zu Nienburg (im Herzogtum Anhalt), der der 27jährige Arbeiter Ludwig Höppner zum Opfer fiel — er ist andern Tages im Krankenhause an seinen Verletzungen gestorben — zeigen, daß es sich um einen ganz außergewöhnlichen Fall von Roheit und Blutgier handelt. Erklärlich wird das grauenhafte Geschehnis nur aus dem Umstande, daß den Streikbrechern förmlich der Glaube eingeimpft wird, die Streikenden seien vogelfrei und ihnen, den verdienstvollen Rausreißern der Unternehmer, gegen die Streikenden alles erlaubt — bis zum Messer und Revolver. Solcher Glaube muß in den Streikbrechern erweckt werden durch die besondere Sorgfalt, die ihnen von Unternehmern und Behörden gewidmet wird, und durch die von den Unternehmern betriebene Verhetzung gegen die Streikenden, die die Streikbrecher gegen den Anschluß an die Arbeitersache feien soll. Sie bekommen so oft die Lüge zu hören, daß die Streikenden ihnen an Leib und Leben wollen und daß sie sich von ihnen nichts gefallen lassen sollen, sie erhalten vom Unternehmer die Waffen selbst in die Hand gedrückt, sie sehen, wie unsanft die Polizei, die sie beschützt, mit den Streikposten umgeht, daß es wahrlich ein Wunder wäre, wenn in diesem zum großen Teil moralisch minderwertigen, ohnehin zu rohen Gewalttaten geneigten Elementen nicht der Entschluß zu blutigen Ausschreitungen reifte. In Nienburg kam es dazu.

Die kurze Darstellung, die wir von dem Vorfall gaben, wird durch die näheren Meldungen in einigen Punkten modifiziert. Nach dem „Volksblatt" zu Dessau hatten die Streikbrecher, als sie sich am Sonnabend im Stehmigschen Lokale in der Nähe der bestreikten Eisengießerei einfanden, von Anfang an ein dreistes, provokatorisches Benehmen an den Tag gelegt. Daß sie es auf eine planmäßige Herausforderung abgesehen hatten, geht schon daraus hervor, daß sie gerade dieses Lokal aufsuchten, von dem sie wußten, daß dort zumeist die organisierten Arbeiter verkehren. Die anwesenden organisierten Arbeiter ließen sich durch nichts provozieren, sondern riefen, nachdem die Streikbrecher fortwährend von „blauen Bohnen" und „scharfen Messern" gefaselt hatten — die Mordwaffe selber war auch bereits bemerkt worden — einen Schutzmann herbei, der auch einige Visitationen vornahm, aber den Revolver nicht fand. Nur ein Schlagring ward einem der Streikbrecher abgenommen. Dann trat Ruhe ein. Die Streikbrecher, unter Führung des Agenten Ferber, der selber mit als Arbeitswilliger beschäftigt ist, verließen schließlich das Lokal. Auch die organisierten Arbeiter, die zumeist an dem Formerstreik gar nicht beteiligt sind, gingen nach und nach nach Hause. Plötzlich hörte man draußen mehrere Schüsse fallen. Von hinzueilenden Personen wurde Ludwig Höppner niedergeschossen auf der Straße liegend aufgefunden. Er war im Begriff gewesen, seinen auf Soldatenurlaub weilenden Bruder ein Stück des Weges zu begleiten, wobei er den verderbenbringenden Schuß empfing. Irgendwelcher Streit oder Zusammenstoß ist der Schießerei nicht voraufgegangen. Der niedergeschossene Höppner war weder am Streik beteiligt — er stand in einer Malzfabrik in Arbeit — noch hatte er irgendwie im Lokale auf die Provokationen reagiert.

Der Holzhändler.

Roman von Max Kretzer.

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er wollte nicht, daß man zusammentreffe. Heute wenigstens nicht, wo man ganz unter sich bleiben wollte. Aber es war schon zu spät. Karl hatte den pflichtgemäßen Bückling vor dem Grafen gemacht und war von ihm erkannt worden. Lux stieg ab, gab ihm die Zügel des Fuchses und trat ins Haus.

„Der Kutscher kam mir doch gleich so bekannt vor . . . Das nenne ich aber eine neue Art Wintermärchen," sagte er, und reichte Otti zuerst die Hand; „worin Sie natürlich die Prinzessin sind," fügte er galant hinzu.

„Und Sie, Herr Graf, der deus ex machina," wandte Otti freundlich ein. „So sagt man ja wohl . . ."

„Ganz recht, gnädiges Fräulein Otti. Immer der Unerwartete, — wie aus der Maschine geschossen, wenn auch kein Gott. Nicht wahr, Herr Dulters?"

Dieser antwortete nicht, benutzte aber die Gelegenheit, sich von dem Kellner den Pelz anhelfen zu lassen. Alles war ihm so überraschend gekommen, durchkreuzte so plötzlich seine Stimmung, daß er kaum wußte, wie er sich im Augenblick gegen Lux verhalten sollte. Er fühlte etwas von der Ohnmacht eines Menschen, dessen Geist Verlangen nach der Tat hat, ohne daß der Körper ihm folgt. Als er sah, wie der Graf Ottis Hand an die Lippen zog, bekam sein Körper einen Ruck. Fast unwillkürlich streckte er den Arm aus, um denjenigen von seinem Kinde zurückzureißen, der ihn mit ihrer Mutter betrogen hatte. Aber er fand nicht die nötige Kraft dazu. Schwer senkte sich die Hand auf die Lehne des Stuhles.

„Ruhig, ruhig", hallte es in ihm. „Die Stunde wird kommen, wo er tausendmal mehr Schmerzen empfinden wird, als meine Hand, und wäre sie von Eisen, ihm je bereiten könnte."

„Ah, sieh da, — Sie auch, Herr von Passen?" wandte sich Lux seitwärts. „Ich darf wohl schon gratulieren zum unzertrennlichen Wald- und Gebirgsführer der Damen?"

Passen nickte vergnügt. „Verzeihen Sie nur, Herr Graf, daß ich nicht vorher Ihre gütige Erlaubnis dazu eingeholt habe."

Das spöttische Lächeln des Grafen verschwand. Einen Augenblick verkniff er sich seinen Ärger, dann erwiderte er mit erzwungener Freundlichkeit: „Auf alle Fälle hätten Sie auf meine Gewährung hoffen dürfen."

„Danke vielmals für diese Großmut."

„Die Herren regalieren sich ja gegenseitig mit zuckersüßen Komplimenten", sagte Otti lachend, um ihr Verständnis für die Situation zu verbergen.

Das langgedehnte Ja, das der Graf aussprach, erstarb in dem Glucksen, mit dem er den bestellten Kognak heruntergoß. Man ging dann. Dulters war bereits draußen, um dem Kutscher einen „Esel" an den Kopf zu werfen.

„Recht schade, daß Sie schon aufgebrochen sind", sagte Lux dann zu Dulters, „ich hätte gern noch ein Weilchen mit Ihnen geplaudert."

„Ich auch, Herr Graf." Es klang spitz und scharf, so daß Lux die tiefere Bedeutung sofort verstand. Zum erstenmal seit langer Zeit senkte er die Augen vor Dulters' Blick; aber seine Unruhe gut verbergend, bat er ihn um die Vergünstigung, den Schlitten begleiten zu dürfen. Sofort bekam Dulters einen Einfall. Man wolle noch zu Fuß den Weg drüben um den See herum machen, müsse also „leider" die Begleitung dankend ablehnen. Lux jedoch wußte einen Ausweg. Der Kutscher könne das Pferd ja bis zur Chaussee mitführen, so würde er, wenn man nichts dagegen habe, „doch noch der Ehre teilhaftig werden", sich ihnen durch den Wald anschließen zu dürfen.

Dulters fand keine neue Ausrede und so verkniff er sich seinen Ärger. Dann nahm man den Weg die Böschung hinauf. Dulters, der mit Absicht dem Grafen entgehen wollte, war stets voran und tat so, als hätte er es ganz besonders eilig.

„Nun, Sie nehmen ja Schritte, als wollten Sie uns davonlaufen," sagte Lux. „Haben Sie Angst vor dem Walde."

Dulters blieb plötzlich stehen und ließ die übrigen vorüber. Einer jener Einfälle hatte ihn gepackt, die oft unbewußt den Menschen überkommen. Es war wohl Zeit, daß er dem Spotte des Grafen ein- für allemal ein Ziel setzte. Einmal mußte es ja doch geschehen, daß sie zusammenprallten, und so war es besser, er bewies ihm gleich heute, daß er ihn nicht fürchtete.

„Ich bin noch niemals feige geflohen, wie Sie damals," brachte er mit verhaltener Erregung hervor. Er erschrak fast über diese Worte, aber um alles in der Welt hätte er sie nicht zurücknehmen mögen. Denn merkwürdig: wozu er vielleicht in den engen Mauern der Stadt den Mut nicht gefunden haben würde, dazu fand er ihn hier draußen, inmitten der freien Natur.

Ein siedendes Zittern ging durch den Grafen, aber er beherrschte sich. „Vor was geflohen? Vor wem? . . . Wie meinen Sie das?"

Einen Augenblick stutzte Dulters; dann brauste es ihm gedämpft heraus: „Verstellen Sie sich doch nicht, Herr Graf. Sie haben meine Frau gekannt."

„Ihre Frau Gemahlin?" Er war stehen geblieben und zuckte mit den Achseln.

„Olga Radowska." Auch Dulters hatte Halt gemacht und sah ihm fest ins Gesicht.

Lux erwiderte den Blick, ohne mit der Wimper zu zucken. Er hatte sich auf diese große Minute bereits vorbereitet, wie ein Schauspieler, der auf das Stichwort wartet. „Olga Radowska?" gab er erstaunt zurück. „Gewiß kannte ich Olga Radowska. Ich verkehrte lange mit ihr in Posen, das heißt, unser Verkehr blieb stets — —. Ich höre aber heute zum erstenmal, daß sie Ihre Gemahlin war."

Lux verzog leicht die Achseln. Sein Gesicht zeigte denselben kalten, unberechenbaren Ausdruck. Seine Bewegung, als er weiterging, deutete darauf hin, daß er es unter seiner Würde halte, noch ein Wort zu erwidern.

Dulters, der sein Schweigen als Schuldbekenntnis auffaßte, hielt ihn wieder zurück. „Herr Graf," preßte er hervor, „— Herr Graf, spielen Sie mir keine Komödie vor. Sie haben Olga Radowska auch als meine Frau gekannt. Gott ist in diesem Augenblick allein mit uns; er, der mich in meinem tiefsten Unglück gesehen hat, er hat mir auch die Kraft gegeben, in Ihrer Seele zu lesen . . Nein, nein — ich lasse Sie nicht fort, — ich lasse Sie nicht eher los, bis Sie mir gebeichtet haben!"

Sie waren hinter den übrigen zurückgeblieben, die ihnen jenseits eines Hügels aus den Augen gekommen waren, und befanden sich nun allein, umgeben von der trostlosen Stille des Waldes. Eisern fühlte Lux den Druck an seinem Arm, der ihn riesenkräftig an der Stelle bannte. Das Blut ergoß sich in seine Wangen. Er riß den Reitstock mit der Linken an sich und schrie Dulters unterdrückt ins Gesicht hinein:

Es muß sich um einen planmäßig angelegten Mordanschlag gehandelt haben. Die Streikbrecherkolonne, aus der Gegend von Solingen importiert, hatte sich im Fabriktor postiert. Und als einige Arbeiter — unter ihnen der verletzte Höppner — das Lokal verließen, knallte das feige Mordgesindel einfach dazwischen. Der vierte Schuß traf Höppner. Die Planmäßigkeit, womit die Bluttat begangen wurde, geht auch daraus hervor, daß die Streikbrecher schon den ganzen Tag davon phantasiert hatten, sie wollten am Abend einmal die Streikposten „ablösen", es werde heute noch „kräftige Schüsse" geben usw.

Der ermordete Höppner hinterläßt eine junge Frau, die sich in gesegneten Umständen befindet. Er wird als ein durchaus solider, ruhiger Arbeiter geschildert. Dem Zufall, daß er seinen Bruder auf dem Wege nach Kalbe ein Stückchen begleiten wollte, wobei sie im Stehningschen Lokale ein Glas Bier tranken, ist es zuzuschreiben, daß Höppner von Streikbrechermörderhand fiel! Er war ein braver Parteigenosse, gehörte sowohl der Parteiorganisation als auch dem Fabrikarbeiterverbande als Mitglied an.

Der Fall liegt so kraß, daß die bürgerliche Presse Anhalts es bis jetzt nicht recht wagt, für die schießenden Streikbrecher einzutreten. Die einzige direkte Verteidigung dieser Mordgesellen ist eine verlogene Darstellung der Mordaffäre, die die mitschuldige Direktion der Eisengießerei an die bürgerlichen Blätter des Herzogtums gesandt hat und die die meisten dieser Blätter unter ausdrücklicher Nennung der Einsenderin veröffentlichten, offenbar zum Zeichen, daß sie diese Darstellung nicht decken wollen. Die Direktion behauptet, daß in der Wirtschaft von den Streikenden versucht sein soll, die Arbeitswilligen durch Drohungen und Versprechungen zum Niederlegen der Arbeit zu veranlassen. Beim Verlassen des Lokals seien die Arbeitswilligen „mit großen Steinen bombardiert" worden. Sie hätten darauf dreimal warnend gerufen, man solle ihnen drei Schritte vom Leibe bleiben, anderenfalls sie schießen würden; der andrängende Haufen aber habe gerufen: „Drauf, Ihr werdet Euch doch vor dem kleinen Ding nicht fürchten!" und darauf habe einer der rückwärts nach der Fabriktür gehenden Arbeitswilligen in der Bedrängnis geschossen, „worauf noch mehrere Schüsse fielen, doch ließ sich bislang nicht feststellen, von welcher Seite".

Das „Volksblatt für Anhalt" nennt diese Darstellung eine schamlose Entstellung der Wahrheit. Es führt u. a. folgende Momente zur Erhellung des Tatbestandes an:

Als der von den Streikenden herangerufene Schutzmann bei einem der Streikbrecher nach dem Revolver suchte, erklärte der Streikbrecher mit zynischer Frechheit: „Und es gibt heute doch noch blaue Bohnen!"

Ein Streikposten, ein alter Mann von 60 Jahren, wurde von einem Streikbrecher mit folgenden Worten angepöbelt: „Na was ist denn mit euch Nienburgern los! Euere Dresche kriegt ihr doch noch!" Der Streikposten reagierte hierauf mit keinem Wort, sondern ging lautlos nach einer anderen Stelle, wohin ihm der Streikbrecher abermals folgte. Er wiederholte die Worte nochmals, doch auch diesmal hatte der Halunke mit seiner Provokation kein Glück. Der einzige Stein, der bei der Affäre geworfen wurde, ist von den Streikbrechern geworfen worden. Als ein Arbeiter ihn wieder zurückwerfen wollte, ward er davon von einem Mitgliede des Streikkomitees gehindert!

Einstweilen weist unser Dessauer Parteiorgan die in der Behauptung, es habe sich von „mehreren Schüssen" bislang nicht feststellen lassen, von welcher Seite sie fielen, liegende Unterstellung zurück, als hätten die Streikenden geschossen.

Der Anhalter „Kurier" hat sich zu einer gelinden Verurteilung des Mörders aufgeschwungen. Berechtigte Notwehr scheine, so weit der Vorfall jetzt zu beurteilen sei, kaum vorgelegen zu haben. Der „Anhaltische Staatsanzeiger" sagte sehr kleinlaut, der Täter werde der gerechten Strafe für seine verurteilenswerte Tat nicht entgehen. Im übrigen wird auf das Ergebnis der Untersuchung verwiesen. Als es bei der Bluttat in Klein-Möhlau freilich denselben Blättern schien, daß man sie der Sozialdemokratie in die Schuhe schieben könne, da wurde solche Reserve nicht geübt, da wartete nicht einmal der anhaltische Staatsminister das Ergebnis der Untersuchung ab, bevor er die Sozialdemokratie anschwärzte. Aber hier ist's ein Arbeitswilliger und sein Opfer ein Sozialdemokrat. Und das macht einen gewaltigen Unterschied! — Am Mittwoch ist der gemordete Genosse Höppner zu Nienburg beerdigt worden. Das „Volksblatt für Anhalt" berichtet darüber: „. . . Die größeren Betriebe hatten zumeist früheren Arbeitsschluß eintreten lassen, da es der Wille der Arbeiter war, ihrem auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Freunde und Genossen das Geleit zu seiner letzten Ruhestätte zu geben. Auch eine Anzahl Bernburger Genossen hatten sich zur Teilnahme eingefunden. Lautlos setzte sich der schier endlose Trauerkondukt gegen 6 Uhr in Bewegung. Die Genehmigung der Trauermusik war von der Bernburger Kreisdirektion wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" und in zweiter Linie wegen verspäteter Anmeldung verweigert worden. Die organisierten Arbeiter wußten sich auch damit abzufinden, sie sind es ja nachgerade gewöhnt, als die „Störer der öffentlichen Ordnung" betrachtet zu werden. An innerer Würde und Feierlichkeit hat das Begräbnis durch das Musikverbot nichts eingebüßt. . . ."

Soziales und Parteileben.

Achte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Einleitend bringen wir einen kurzen Auszug aus dem Jahrbuch, welches der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Delegierten als Tätigkeitsbericht vorgelegt hat, und das auch die Berichte der Bezirksleiter enthält. Der Verband hatte am Schluß des Jahres 1906 in 441 Orten 335 075 Mitglieder gegen 259 692 im Jahre 1905. Das ist eine Zunahme von 75 383 = 29,2 Proz. Eingetreten sind 187 427, die Fluktuation ist demnach noch immer recht groß, weist auch gegen 1905 keine nennenswerte Besserung auf, wohl aber gegen die früheren Jahre. Dagegen hat sich die Beitragszahlung bedeutend verbessert. Im Jahresdurchschnitt hatte der Verband 301 250 Mitglieder, welche 14 686 433 Wochenbeiträge zahlten, das macht pro Mitglied 48,75 Wochenbeiträge und dürfte damit das, was nach dieser Richtung überhaupt zu erreichen ist, auch erzielt sein. Die Finanzgebahrung des Verbandes stellt sich wie folgt: Einnahme und Ausgabe balanzieren mit 8 615 771,53 Mk. Die Haupteinnahme bilden selbstredend die Mitgliedsbeiträge mit 7 877 854,10 Mk. Die wichtigsten Ausgaben sind folgende: Streikunterstützung 2 816 390,80 Mk., do. an andere Organisationen 16 003,75 Mk., Reisegeld 243 409,03 Mk., Umzugsunterstützung 79 900,79 Mk., Erwerbslosenunterstützung a) bei Krankheit 719 664,35 Mk., b) sonstige Ursachen 568 138,99 Mk., Unterstützung in Notfällen 60 680,50 Mk., do. wegen Maßregelung 214 647,27 Mk., Sterbegeld 16 981,70 Mk., Rechtsschutz 78 902,21 Mk., Agitation 191 549,05 Mk., Metallarbeiter-Zeitung 243 106,11 Mk. Hinzu kommen noch die von den Lokalkassen gezahlten Unterstützungen, die sich allein bei Streiks auf 655 785,92 Mk. belaufen, so daß für Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen insgesamt 3 701 827,74 Mk. ausbezahlt wurden. Diese Aufstellungen zeigen die enormen Kosten die für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgegeben worden sind, sowie die Leistungsfähigkeit des Verbandes inbezug auf die Unterstützungseinrichtungen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen erst seit dem 1. Juli 1906 in Kraft getreten ist. Das Verbandsvermögen belief sich am Schluß des Jahres auf 2 599 650,— Mark in der Hauptkasse und auf 831 764,96 Mark in den Lokalkassen, insgesamt 3 441 415,— Mark. Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen beliefen sich der Zahl nach auf 80 in 65 Orten mit 155 Betrieben und 21 994 beschäftigten Arbeitern. Die Zahl der Angriffsstreik dagegen belief sich auf 40 in 32 Orten mit 106 Betrieben und 12 904 Beschäftigten. Auf diese 40 Angriffsstreiks antworteten die Unternehmer mit 20 Aussperrungen in 20 Orten mit 152 Betrieben und 23 824 Arbeitern. Erreicht wurde durch die Bewegung für 105 815 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 25 788 Stunden pro Woche. Das sind für den einzelnen Arbeiter 2,3 Stunden im Durchschnitt. Darin allein liegt der Wert der Erfolge jedoch nicht. Es wurden gerade in den zurückgebliebenen Gegenden mit der längsten Arbeitszeit die besten Erfolge erzielt. Außerdem aber haben die in den Maschinenfabriken und anderen gemischten Betrieben beschäftigten Schlosser, Dreher, Schmiede usw. zu Tausenden ebenfalls Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Lohnerhöhungen wurden erzielt für 17 461 Former und Gießereiarbeiter in der Höhe von 29 844 Mk. pro Woche. Das ist für jeden Beteiligten 1,70 Mk. pro Woche. Aber auch hiervon profitierten die verwandten Berufe. Allein in Breslau haben 1300 Arbeiter 2 Pf. mehr Stundenlohn erhalten. Zu dem kommt dann noch die Regelung der Akkordarbeit für 6865 Former und der Abschluß von Tarifverträgen in 65 Betrieben mit 3534 Arbeitern. Die Kosten dieser Formerbewegung stellen sich auf 1 575 909 Mk. für die Hauptkasse und 250 392 Mk. für die Lokalkassen. Der Metallarbeiterverband hat im Jahre 1906 außerdem noch eine allgemeine Bewegung der Gold- und Silberarbeiter durchgeführt, die im wesentlichen ohne Arbeitseinstellung verlief. In 8 Orten mit 988 Betrieben und 27 661 Arbeitern wurde dabei eine Arbeitszeitverkürzung von 5,3 Stunden pro Mann und Woche erzielt, sowie eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,99 Mk. pro Mann und Woche und außerdem Tarifabschluß für 19 238 Arbeiter. Neben diesen beiden allgemeinen Bewegungen sind noch eine große Zahl Einzellohnbewegungen geführt worden, die sowohl Angriff wie Abwehr betrafen. An den sämtlichen Bewegungen waren 1905: 71 345 Mitglieder, 1906: 117 952 Mitglieder beteiligt. (31,6 resp. 39,15 Proz. der durchschnittlichen Mitgliederzahl.) 1906 sind 955 Bewegungen der verschiedensten Art geführt worden und zwar in 8420 Betrieben mit zusammen 320 258 Beschäftigten, 1905: 564 Bewegungen in 3599 Betrieben mit 222 394 Arbeitern. Von diesen Bewegungen waren 1905: 56,95 Proz., 1906: 61,78 Proz. ohne Arbeitseinstellung verlaufen. Erreicht wurde 1906: Arbeitszeitverkürzung für 70 350, Lohnerhöhung für 94 906, Tarifabschluß für 45 482, Regelung der Akkordarbeit für 38 272, Beseitigung von Mißständen für 22 008, Zuschläge für Überstunden für 73 304, für Nacht- und Sonntagsarbeit für 61 332 und sonstige Verbesserung für 31 284 beteiligte Arbeiter. Dazu kommt noch die Abwehr von Verschlechterungen ebenfalls für Tausende von Arbeitern. Die Bewegung auf Abschluß von Tarifverträgen hat ebenfalls bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Ende 1905 bestanden 152 Tarife in 126 Orten, 6254 Betrieben mit 39 755 Arbeitern. Ende 1906: 290 Tarife in 225 Orten mit 9186 Betrieben und 82 207 Arbeitern. Soweit die Lohnbewegungen. Es steht fest: Die Organisation hat ihren Mitgliedern so bedeutende Vorteile gebracht, daß die Höhe der Beiträge für diese kaum mehr in Betracht kommen kann, weil diese doppelt und dreifach aufgewogen werden! Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß die Zahl der Orte, welche besoldete Geschäftsführer haben, sich von 63 im Jahre 1905 auf 83 zu Ende 1906 vermehrte. Die Zahl der Beamten betrug am Schluß des Jahres 1906: 274. Davon entfallen auf die Hauptverwaltung: 21, Verbandsorgan 4, Druckerei 3, Bezirksleitungen 16, Geschäftsstellen 226. Das Gehalt schwankt zwischen 1600 und 3000 Mark pro Jahr. — In den festlich geschmückten oberen Räumen der Zentral-Säle trat die Generalversammlung Montag, um 10 Uhr vormittags, zusammen, begrüßt durch einen Gesangsvortrag des Gesangvereins Lasallia. Danach begrüßt Genosse Schmitt-München die Anwesenden in einer kernigen zur gedeihlichen Arbeit auffordernden Ansprache. Schlicke-Stuttgart eröffnet die Versammlung im Auftrage des Verbandsvorstandes. Hierauf ergreifen der Reihe nach die Vertreter der ausländischen Gewerkschaften das Wort. Aus Österreich die Genossen Nowack und Smutny, aus Ungarn Vanczak, aus der Schweiz Schneeberger und aus Dänemark Hansen. Die Redner schildern die Verhältnisse in ihren Ländern, begrüßen die Delegierten und bringen die Grüße ihrer Organisationen. Wie ein roter Faden zog sich durch die Reden die Feststellung der Tatsache, daß der Kapitalismus in allen Ländern die gleichen und ähnlichen Mittel anwendet, wie in Deutschland. Aussperrungen und Gründung gelber Gewerkschaften, Polizeihilfe und Versagen der Gesetze, die den Arbeitern die Freiheit garantieren, findet man überall, die Schweiz und Frankreich nicht ausgeschlossen. Die Organisation hat in allen Ländern Fortschritte gemacht. Am besten steht das kleine Dänemark mit 95 Prozent Organisierter da. Die größten Schwierigkeiten sind in dem vielsprachigen Österreich zu finden, aber alle sind darüber einig, daß die Organisation der Metallarbeiter in Deutschland mustergültig nach jeder Richtung sei, und daß überall die möglichste Anpassung versucht wird. — In der Nachmittagssitzung folgt die Konstituierung der Generalversammlung und die Wahl der Kommissionen. Als gleichberechtigte Vorsitzende werden Schlicke-Stuttgart, Cohen-Berlin und Ischinger-München gewählt, ferner 4 Schriftführer und 4 Führer der Rednerliste. Namens der Mandatprüfungskommission erstattet Junge-Hamburg Bericht. über die

---

„Herr, lassen Sie mich los, oder Sie zwingen mich, daß ich mich vergesse."

Nun ließ Dulters sein spanisches Rohr fallen und ergriff auch die linke Hand des Grafen: „Sie werden sich nicht vergessen, Herr Graf, eher zerbreche ich Ihren Arm. Erst antworten Sie mir. Sie haben mich früher einmal einen Gewaltmenschen genannt, nun gut, Ihnen gegenüber will ich es sein."

„Wollen Sie mich vielleicht erdrosseln, wie Sie Ihre eigene Frau meuchlings erschossen haben? Dann nur zu. Diesmal aber würde Ihnen Ihr Vertuschungssystem nichts helfen. Der Grunewald ist denn doch nicht die Einsamkeit, wie da oben — — in Livland." Er lachte leicht auf und ging dann weiter.

Dulters hatte ihn bereits losgelassen, plötzlich schwach geworden unter dem Eindruck des Unerwarteten. Die brutale Offenheit wirkte wie betäubend auf ihn. Es war ihm, als wäre er aus einem Schlafe erwacht, in dem er nach seiner Gewohnheit etwas Widerliches geträumt habe. Vor ihnen, einige hundert Schritte entfernt, tauchten wieder die Gestalten der übrigen auf. Er hörte Ottis helles Lachen herüberschallen, und seine Seele empfand die alten Schmerzen. Und so tat er etwas Unbegreifliches. Er streckte dem Grafen seine Hand entgegen und stammelte um Verzeihung.

Lux beachtete seine Bewegung nicht, reckte aber seine Gestalt und sagte mit einem Zug unverkennbarer Höflichkeit: „Es bedarf dieser Bestätigung Ihrerseits gar nicht, um meine Verzeihung zu erlangen. Sie haben sie ohnedies bereits . . . Es gehört doch wahrhaftig nicht viel Phantasie dazu, um sich alles zusammenzureimen. Sie gehören zu jenen merkwürdigen Menschen, die mit Vorliebe immer verdächtige Geschichten aus ihrem Leben in andere Gegenden verpflanzen. Da oben in Livland ist eben Eichennest. Die Kulisse mag eine andere sein, die Handlung und der Held bleiben dieselben."

Dulters fand wieder die Kraft, laut aufzulachen. „Waren Sie Zeuge?"

„Ich? Gottbewahre."

„Dann werden Sie wohl die Güte haben, mich nun Ihrerseits um Verzeihung zu bitten. Die Akten darüber sind doch längst geschlossen, und Sie sind doch ein Ehrenmann. Nicht wahr, Sie sind es doch?" Er lachte. „Und als Ehrenmann werden Sie auf Grund bloßer Vermutung und bloßen Gewäsches hin einen solchen tollen Verdacht nicht aufrecht erhalten wollen."

„Durchaus nicht, Verehrtester."

„Nun gut. Dann wollen wir wieder die Alten sein. Die Mißverständnisse seien durch gegenseitige Verzeihung ausgeglichen."

„Es sei so." Lux legte jetzt erst leicht seine Finger in die dargereichte Rechte Dulters'.

„Dann darf ich wohl um die Ehre bitten, Herr Graf, mich morgen schon im Kontor zu besuchen. Ich bin bereit, den neuen Schlag in Luxfelde vorzunehmen. Auch über die gewünschte Hypothek ließe sich wohl sprechen."

„Danke ergebenst für Ihr Entgegenkommen, Herr Dulters."

Schweigend gingen Sie nebeneinander her, wie zwei Mißtrauische, die sich gegenseitig tief hassen und doch bereit sind, sich in der nächsten Minute Liebenswürdigkeiten zu sagen. Nach einem Weilchen schlossen sie sich dem Vortrab wieder an, und so wurden sie mit Gewalt in eine andere Stimmung hineingezogen. Der Weg behagte den Damen plötzlich nicht mehr, und so zog man es vor, nach der Chaussee abzubiegen, wo man den Schlitten witterte.

Langsam hatte sich das Abendrot Bahn gebrochen und warf nun seine mattglänzenden Lichter in die Kronen der Kiefern, die orangefarben erglühten. Der Schnee nahm kalte Schatten an, und durch den unteren Teil der Stämme spielte leichter, violetter Dunst, der nach Osten zu den Wald in eine Nebelwand hüllte, aus der gespensterhaft die Bäume ragten. Dann hatte die scheidende Sonne noch einmal die Kraft gewonnen, den trüben Luftschleier zu durchbrechen, und nun irrten blendende Strahlen durch den Wald, brachen sich an den Stämmen und ließen das ersterbende Licht wie zum letzten Gruß noch einmal über das rote, schneelose Geäst streifen. Lautlos und friedlich senkte sich der Abend nieder.

Auf der Chaussee hatte ein Wanderwagen ein Rad verloren und saß nun fest. Es war einer jener elenden Kasten, in dem eine ganze Familie von Jahrmarkt zu Jahrmarkt zieht, um gegen Kupfer- und Nickelmünzen die Gaffer mit Kunststückchen zu ergötzen. Von der einstigen roten und grünen Farbe sah man nur die Reste, mit denen sich die Spritzer des Straßenschmutzes vermischt hatten. Das Ofenrohr, das als Schornstein diente, war halb zerfetzt, und das kleine Schiebefenster der „Wohnstube" zeigte zwei Pappscheiben, denen man versucht hatte, durch Wagenschmiere eine schwarze Färbung zu geben.

Ein schmächtiger Mann, mit dem bartlosen Gesicht eines Komödianten, der kleine Silbermünzen als Ohrringe trug, stand wie ratlos vor dem Rade, bückte sich fortwährend, stemmte dabei die Hände auf die Knie und blickte unter den Wagen, als müßte von da unten heraus die Hilfe kommen.

Neben ihm stand eine lange, dürre Frauensperson, die braun wie eine Zigeunerin war, große goldene Ohrringe trug, die sich wie kleine Vogelringe ausnahmen, und ein zerfetztes Tuch um Kopf und Schultern geschlagen hatte. Sie schien die Frau zu sein, was aus dem lieblichen Ton hervorging, mit dem sie den Kleinen behandelte. Zwei schmuddelige Backfische waren die Falltreppe hinten heruntergeklettert, erschauerten unter den bunten Brusttüchern und hielten Maulaffen feil.

Der Mann fluchte unterdrückt und jammerte dann wieder, bis die Frau ihm einen sanften Rüffel erteilte. Sie habe ihm gleich gesagt, daß hier vorn etwas nicht richtig sei, und so könnten sie die Nacht auf der Straße liegen bleiben. Morgen habe doch ihre Schwester Hochzeit. „Du Dammel hörst aber nie. Nun sitzt du abgebrochener Riese da mit deinen Kenntnissen."

Die beiden Mädchen kicherten, so daß der Kleine mit den Augen rollte Fuchswild schrie er dann seine Frau an: „Roll du dich zusammen und laß dich als Rad anschrauben. Lang genug bist du ja. Du kannst immer nur klug reden. Bei dir ist ja oft eine Schraube los, also kann sie auch einmal am Wagen losgehen."

Die Mädels kreischten auf vor Lachen, flogen aber wie die Spatzen auseinander, als die Lange zum Schlagen ausholte. Dann standen alle vier friedlich beieinander und berieten, was zu tun sei. Sie versuchten den Wagen zu heben, und als es ihnen nicht gelang, schwatzten sie aufs neue durcheinander. Nur der verhungerte Grauschimmel, durch dessen Fall man die Rippen zählen konnte, stand ruhig dabei, ließ philosophisch den Kopf hängen und scharrte mit dem lahmen Vorderfuß leise den Schnee, als wollte er sich bei der Mutter Erde dafür bedanken, daß sie ihm durch diesen Unglücksfall zur unfreiwilligen Rast verholfen habe.

„Da kommen Herrschaften, vielleicht können die uns helfen," sagte der Kleine wieder mit seiner Fistelstimme.

Dulters und die übrigen hatten dem Vorgang ein Weilchen vom Walde aus zugesehen und traten nun näher. Bald hatten sie von der geschwätzigen Frau erfahren, daß man sich auf der „Reise" nach Weißensee befände, wo man das Frühjahr abzuwarten gedenke. Man sei zu Verwandten eingeladen, die dort eine kleine Gastwirtschaft hätten. Man werde zur Hochzeit am andern Tage erwartet, wo man zugleich seine Kunststückchen zum besten geben wolle. (Forts. folgt.)

Gültigkeit der Dresdner und 9 anderer Mandate wird die Beschlußfassung ausgesetzt, die übrigen als gültig erklärt. Anwesend sind 200 Delegierte, 4 Vertreter des Vorstandes, 15 Bezirksleiter und 2 Vertreter des Verbandsausschusses. Als Vertreter der Generalkommission ist Genosse Cohen anwesend. Auswärtige Delegierte sind Nowack und Smutny aus Österreich, Vanczack aus Ungarn, Schneeberger aus der Schweiz, Hansen aus Dänemark, Davis aus England und Coupat aus Frankreich erschienen. Es wird hiernach in die Tagesordnung eingetreten. Vorsitzender Schlicke ergänzt den gedruckt (als Jahrbuch) vorliegenden Vorstandsbericht. Die Stellung zu den Konkurrenzorganisationen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, sei leider noch die frühere, unerquickliche, eine fruchtbare gemeinschaftliche Arbeit erschwerende, trotz der Beschlüsse der Konferenzen der Zentralvorstände. Der Besuch der Unfallverhütungsausstellung in Charlottenburg hat nicht den Erfolg gehabt, der erwartet wurde. Es habe das an der Organisation der Exkursion gelegen, die nicht so getroffen werden konnte, wie es wünschenswert sei. Auch hätte an den Exkursionen, welche geplant waren, um in den Betrieben die praktische Wirksamkeit der Schutzvorrichtungen zu kontrollieren, abgesehen werden müssen, wegen des mangelnden Entgegenkommens der Betriebsleiter. — Die geplanten Unterrichtskurse für Verbandsbeamte, haben noch nicht begonnen werden können, weil der Vorstand bei der Durchführung auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Es sei jedoch erläßlich, die Unterrichtskurse der Generalkommission zu beschicken, weil bei der gewaltigen Ausdehnung des Verbandes schließlich der Nachwuchs an Beamten fehlt. Die Teilnehmer der Kurse müssen jedoch auch in den Verbands- und Bezirksbureaus praktisch weiter gebildet werden. Redner kritisiert sodann den Bericht des Ausschusses. Von den 68 Beschwerden seien nur 15 als solche zu betrachten. Der Ausschuß habe in seinem Bericht die Tätigkeit des Vorstandes als seine Kompetenzen überschreitend dargestellt. Es sei nicht vorgekommen, daß Ausschlüsse aus dem Verband in unzulässiger Weise erfolgt seien. Der Vorstand habe so weit als möglich den Ausschluß von Mitgliedern vermieden. Es seien in 200 Fällen, wo auf Ausschluß von Mitgliedern beantragt sei, nur eine Rüge erteilt worden. Im Bericht des Ausschusses sei auch ihm, dem Redner, eine Stellung als Vorsitzender im Vorstand zugemutet, die er nicht einnehmen könne und nicht einnehme. Er betrachte die Arbeit des Gesamtvorstandes als Kollektivarbeit und nicht sich selbst als Regierenden. Weissig-Frankfurt a. M., Vorsitzender des Ausschusses, verteidigt die Stellung des Ausschusses und geht auf eine Reihe von Spezialfällen ein, in denen der Ausschuß eine andere Stellung einnehmen mußte als der Vorstand. Die Prüfung der Jahresabrechnung habe Monitas nicht ergeben, er beantragte Entlastung des Hauptkassierers. Der Ausschuß habe dem Vorstand nahe gelegt, die Befreiung des Verbandes von der Einkommensteuer zu veranlassen, die in Höhe von 8000 Mk. jährlich gezahlt werde. Das Anlegen von Verbandsgeldern auf eine zweite Hypothek müsse moniert werden. Die Meinung Schlickes, daß er, Redner, ihm eine Stellung im Vorstand zumute, wie Schlicke es gekennzeichnet habe, sei irrtümlich. Er wünsche nur, der Tätigkeit Schlickes entsprechend, eine bessere Besoldung.

Generalversammlung des Transportarbeiter-Verbandes. Am Dienstag-Nachmittag erstatteten Kassler den Kassen-, Streitner den Revisions- und Lüdecke-Magdeburg den Ausschußbericht. Sodann nahmen die österreichischen Delegierten, die anläßlich der dortigen Stichwahlen abreisen mußten, in herzlichen Worten Abschied. Zum Schluß entspann sich eine Debatte zwischen dem Vertreter der Generalkommission und dem Zentralvorstand darüber, ob die Konferenz der Zentralvorstände Stellung zu der Frage, ob die Bierfahrer 2c. zu dem Transportarbeiter-Verband gehören oder nicht, Stellung genommen habe. Hierüber herrschte eine Meinungsverschiedenheit. Hierauf trat Vertagung ein. — Am Mittwoch vormittag wurde in die Debatte über die erstatteten Berichte eingetreten. Von fast allen Seiten wurde lebhafte Klage über das Vorgehen des Brauerverbandes geführt. Die Debatte wurde um 2 Uhr abgebrochen, da nachmittags eine Besichtigung des Verkehrs- und Baumuseums, sowie ein Besuch der „Urania" stattfand.

Achtung, Metallarbeiter! Die Gaudenbergersche Maschinenfabrik von G. Göbel in Darmstadt sucht in verschiedenen bürgerlichen Blättern Schlosser, Dreher, Hobler, Fräser und ungelernte Arbeiter aller Art. Verschiedene dieser Gesuche enthalten noch die Bemerkung nur „unorganisierte Leute". Wir warnen die Arbeiterschaft allerorts vor Arbeitsannahme in diesem Betrieb, da die Arbeiter mit der Firma in Differenzen geraten sind.

Zur Holzarbeiter-Aussperrung. In den Tischlereibetrieben zu Burg bei Magdeburg wurde infolge des Schiedsspruches des Einigungsamtes zu Berlin die Arbeit am 22. Mai wieder aufgenommen. Da aber die Drechslereien in Burg und eine Stuhlfabrik sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen wollen, bleibt Burg für Drechsler und Stuhlmacher gesperrt.

Aussperrung der Tabakarbeiter. In Bünde i. W. stehen bei der Firma Waarmann u. Levisohn etwa 100 Tabakarbeiter wegen Lohnforderung in Kündigung. Der Fabrikantenverein hat nunmehr beschlossen, daß, wenn es dort zum Streik kommt, sämtliche Arbeiter der Hamburger, Bremer und westfälischen Zigarrenfabriken ausgesperrt werden.

Der Streik der Maschinisten und Heizer der Preußisch-Rheinischen, sowie der Dampfschiffahrt für Mittel- und Niederrhein ist nach eintägiger Dauer mit einem vollständigen Siege der Arbeiterschaft beendet worden. Mit den Direktionen wurde folgendes vereinbart: Der Lohn für zweite Maschinisten beträgt vom 1. Mai bis 30. Oktober 32 Mk. pro Woche und außerdem eine Fahrtzulage von 2 Mk. pro Woche. Die Auszahlung der Fahrtzulage erfolgt Anfang Oktober. Bei Austritt wegen Krankheit wird die verdiente Fahrtzulage sofort gezahlt. In der Zeit vom 1. Oktober bis Ende April erhalten die zweiten Maschinisten einen Wochenlohn von 31 Mk. bei Fahrt und 30 Mk. im Hafen. Die Heizer erhalten in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September einen Wochenlohn von 23 Mk., steigend innerhalb 14 Tage auf 25 Mk., außerdem eine Fahrtzulage von 2 Mk. pro Woche. Für die Auszahlung der Fahrtzulage gelten dieselben Grundsätze wie für die zweiten Maschinisten. Während der Zeit vom 1. Oktober bis Ende April wird ein Wochenlohn von 25 Mk. bezahlt. Anfangslohn wie oben. Für baldige Beschaffung von Bettwäsche und Anzügen wird Sorge getragen. Maßregelungen des Maschinenpersonals aus Anlaß der Lohnbewegung und Arbeitsniederlegung dürfen nicht stattfinden, ferner wird der Arbeitsnachweis der Maschinisten und Heizer berücksichtigt. Die Gestellung des vierten bezw. siebten Heizers wird nach Bedarf zugestanden. Vorstehende Löhne treten am 13. Mai in Kraft.

Der Zentralverband deutscher Schuhmacher hat nach seiner soeben im Fachblatt veröffentlichten Statistik über die Lohnbewegungen im Jahre 1906 ein reiches Kampfjahr gehabt. Im Jahre 1898 wurden 14 Angriffsstreiks und 10 Abwehrstreiks geführt; im Jahre 1906 dagegen stieg die Zahl der Angriffsstreiks auf 55 und die der Abwehrstreiks auf 20. Die Zahl der Fälle, in denen im Jahre 1906 Forderungen gestellt wurden, belief sich auf 285, die sich auf 258 Orte, 3446 Betriebe mit 31 424 Beschäftigten erstreckten. Streiks bezw. Aussperrungen fanden statt in 2026 Betrieben mit 12 107 Beschäftigten. In 157 Fällen, die sich auf 162 Orte, 1420 Betriebe mit 19 817 Beschäftigten erstreckten, fanden die Forderungen durch Verhandlungen ohne Arbeitseinstellung ihre Erledigung. Die Streiks und Aussperrungen kosteten dem Verbande 195 850 Mk. Das Resultat der Lohnbewegungen und Streiks war folgendes: Für 7389 Personen wurden 80016 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 9224 Personen wurden 16 388 Mark Lohnerhöhung pro Woche erzielt. Das ergibt für den einzelnen Beteiligten pro Woche 4,6 Stunden weniger Arbeitszeit und 1,78 Mk. Lohnerhöhung.

Der Verband der deutschen Buchdrucker zählt gegenwärtig 50 557 Mitglieder, das sind za. 90 Proz. aller Berufsangehörigen. An Beiträgen und Eintrittsgeld vereinnahmte die Organisation im 1. Quartal 1907 721 614,51 Mk. und an Unterstützungen wurden in demselben Zeitraume 445 216,41 Mark gezahlt. Das Vermögen des Verbandes betrug am 1. April 5 217 413,53 Mark.

Die Tischlergesellen in Münster i. W. sollen am 4. Juni ausgesperrt werden. Die Ursache dieser Maßregel ist in der Kündigung des zwischen dem christlichen Holzarbeiterverbande und dem Arbeitgeberverbande und der Tischler-Innung im Jahre 1904 abgeschlossenen Tarifvertrage seitens des christlichen Holzarbeiterverbandes zu suchen. Der Tarif läuft am 31. Mai ab und haben die christliche und die freie Organisation gemeinsam einen neuen Tarif ausgearbeitet und den Arbeitgebern zugestellt. Gefordert wird hauptsächlich die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden, Erhöhung des Durchschnittslohnes von 40 auf 45 Pf. und eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. Alles nur zu sehr berechtigte Forderungen.

Etwas vom Arbeiterwohlfahrts-Schwindel. Wenn die sozialdemokratische Presse immer behauptet, die Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer haben nur den Zweck, dem Unternehmer die Wohltat gefügiger Arbeiter zu verschaffen, dann schreien diese Unternehmer und natürlich auch die bürgerlichen Zeitungen über sozialdemokratische Verleumdung und Verhetzung usw. — Manchmal vergessen die „Wohltäter" aber ihren Lammpelz umzuhängen, wenn sie in die Öffentlichkeit treten und hervor schaut der Wolf. So lesen wir in der neuesten Nummer des Organs für Waren- und Kaufhäuser folgendes:

„..... Als natürliche Folge dieser günstigen Marktlage machte sich überall Arbeitermangel bemerkbar. Aus der Erwägung heraus, sich einen festen Arbeiterstamm dauernd zu erhalten und an den Ort zu fesseln, sah sich auch die Porzellanfabrik Rosental u. Co., Selb (Oberfranken) veranlaßt, für ihre Arbeiter eigene Wohnhäuser zu bauen ...."

Wie die Mietverträge, die den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt werden, aussehen, ist aus vielen Beispielen zur Genüge bekannt. Der Arbeiter ist mit Haut und Haaren an den Unternehmer verkauft und der Zweck dieser „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen", die Arbeiter „an den Ort (d. h. an die Fabrik) zu fesseln", ist erreicht. Wehe, wenn der Sklave dann an seinen Ketten rüttelt!

Sparpolitik des preußischen Eisenbahnfiskus. Vor der Strafkammer in Köln hatte sich der Eisenbahnassistent Th. Hartmann zu verantworten. Auf dem Bahnhof Porz Urbach fuhr am 9. Dezember früh 8 Uhr ein Güterzug auf einen dort stehenden anderen Zug, so daß die Lokomotive und drei Wagen umstürzten und ein Sachschaden von 1800 Mark entstand. Der Angeklagte hatte schon eine überaus anstrengende sechsstündige Dienstzeit hinter sich. Er führte zur Entschuldigung Dienstüberlastung im weitesten Umfange an. Die Verhandlung ergab, daß auf der vom Angeklagten bedienten Strecke täglich 28 Züge verkehren. Außer der Bedienung des Blockapparats hatte der Stationsbeamte die Fahrkarten zu sortieren und neun Weichen zu bedienen! Er mußte so häufig in das Stationszimmer eintreten, daß er, um Zeit zu sparen, die geöffnete Tür mit einem Bindfaden angebunden hatte. Es fehlte ihm die Zeit zur Verrichtung der Notdurft (!) und zum Zusichnehmen einer Erfrischung. Durch die Ueberlastung ist es gekommen, daß das Stationspersonal ein halbes Jahr lang keinen freien Sonntag hatte. Nach jenem Unfall ist der Dienst verkürzt und elektrische Beleuchtung angelegt worden. Der Unfall entstand dadurch, daß eine von dem Angeklagten gegebene Anweisung nicht ausgeführt worden ist. Hätte er sich von der Freimachung des Gleises durch Augenschein überzeugt, so würde das 14 Minuten in Anspruch genommen haben, da der Platz sieben Minuten von der Dienststelle entfernt liegt. Das Gericht nahm mit dem als Sachverständigen gehörten Betriebsinspektor eine Fahrlässigkeit an und verurteilte den Angeklagten zu 75 Mark Geldstrafe. Im Namen des Königs!

Nach 43jähriger Dienstzeit entlassen. Die Lage der Privatbeamten wurde recht treffend illustriert durch einen Prozeß vor der Zivilkammer des Landgerichts Halle, den der Ziegeleibesitzer Menk in Firma Lösche u. Co., Osendorf, gegen den 68jährigen Inspektor der Ziegelei, Holzlämper, angestrengt hat. Der alte Inspektor, ein mit dem allgemeinen Ehrenzeichen geputzter Herr, lief vor dem Stattfinden des Termins vor dem Gerichtssaal umher und klagte in mitleiderregender Weise Herren, die es hören wollten, seine Not. 43 Jahre sei er, erst als Ziegelmeister, dann als Inspektor, in der Osendorfer Ziegelei tätig gewesen und der Landrat habe ihm gelegentlich seines Jubiläums für treue Dienstzeit das Allgemeine Ehrenzeichen überreicht und dabei eine feine Rede gehalten, und am 1. März habe ihn der neue Besitzer Menk ohne gesetzmäßige Kündigung entlassen und aus der Wohnung exmittieren wollen. So etwas habe er nach so langer Dienstzeit weder erwartet noch verdient. Die Verhandlung wurde behufs Beweiserhebung vertagt. — Hat der alte Beamte auch seine Nahrungsquelle verloren, so hat er doch ein Ehrenzeichen auf der Brust, das ihm freilich in seinem Elend einen geringen Trost bieten wird.

Mißverhältnis zwischen Lohnerhöhung und Gewinnsteigerung. Im Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Niederschlesien werden u. a. folgende Angaben gemacht: Der Durchschnittspreis für die Tonne Kohle betrug für das Jahr 1905 8,15 Mk., für 1906 8,52 Mk. Mithin pro Tonne 37 Pfg. mehr! Die Gesamtzahl der Arbeiter ging um 427 auf 26,222 zurück. Die Förderung dagegen stieg um 98,576 Tonnen auf 5,403,056 Tonnen. Demnach ist die Förderung um 7 Tonnen pro Kopf auf 206,05 Tonnen gestiegen. Die Jahresdurchschnittslöhne erfuhren eine Steigerung um 42 Mk. auf 924 Mk. Nach den Angaben beträgt der für eine Tonne gezahlte Lohn 4,48 Mk. Da im Jahre 1906 pro Kopf 7 Tonnen mehr geleistet wurden als im Jahre 1905, entfallen von der Lohnsteigerung allein 31,36 Mk. auf Mehrleistung und nur 10,64 Mk. auf wirkliche Lohnerhöhung; ganz abgesehen davon, daß im Jahre 1906 ein größerer Kreis von Personen bei der Koksgewinnung und der Erzeugung von Nebenprodukten tätig war. Die Mehreinnahme pro Kopf der Arbeiter stellt sich bei einer Steigerung des Verkaufspreises um 37 Pfg. auf 76 Mk. Es bekamen mithin von dem Mehrerlös die Arbeiter nur rund 10 Mk., die Unternehmer aber ganze 64 Mk.

Massenaussperrung holländischer Zigarrenarbeiter. In der holländischen Zigarrenindustriestadt Eindhoven sind seit Anfang dieser Woche über 2700 Zigarrenfabrikarbeiter und -Arbeiterinnen ausgesperrt, abgesehen von den als Heimarbeiter tätigen Personen, die ebenfalls von der Aussperrung betroffen sind. Die Ursache ist, daß die Arbeiter einer kleinen Fabrik, die im ganzen nur 26 Personen beschäftigt, die Arbeit eingestellt hatten, um Lohnverschlechterungen abzuwehren. Die Zigarrenfabrikanten von Eindhoven sind einheitlich organisiert. Sie haben sich gegenseitig bei sehr hohen Konventionalstrafen verpflichtet, wenn in einer Fabrik ein ihrer Meinung nach ungerechtfertigter Streik ausbricht, entweder die Arbeiten für sie herzustellen oder die Arbeiter in allen Fabriken auszusperren, bis der Streik beendet ist. Die Ausgesperrten gehören zu einem großen Teil der Katholischen Tabakarbeitergilde an und die Geistlichen halten streng darauf, daß diese ihre treuen Schäfchen nicht etwa zum „Niederländisch Internationalen Zigarren- und Tabakarbeiterverband" übergehen, was eine schwere Sünde wäre. Die Fabrikanten kümmern sich in ihrem Verband selbstverständlich nicht um die Religion ihrer Mitglieder und die Geistlichkeit macht den katholischen Unternehmern natürlich auch keinen Vorwurf daraus, daß sie neutral organisiert sind.

Der dänische Gewerkschaftskongreß (Generalversammlung von De samvirkende Fagforbund) fand Ende voriger Woche in Kopenhagen statt. Auf dem Kongresse waren ca. 400 Delegierte erschienen. Die Zahl der der Landesorganisation angeschlossenen gewerkschaftlichen Verbände beträgt nach dem vorliegenden Geschäftsbericht jetzt 49 mit 1010 örtlichen Abteilungen und insgesamt 78 081 Mitgliedern. Die wichtigste Frage, die der Kongreß behandelte, war die Stellungnahme der Gewerkschaften zu dem vom Reichstage beschlossenen Gesetze über die staatliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen. Das Resultat der Verhandlungen war die Annahme einer Resolution, in der das Bedauern des Kongresses darüber ausgesprochen wurde, daß die staatliche Arbeitslosenunterstützung nicht auf dem Prinzip der direkten Zuwendung von Staatszuschüssen an die Gewerkschaften aufgebaut sei, daß vielmehr besondere Arbeitslosenkassen gegründet werden müßten. Die Resolution empfiehlt jedoch den Gewerkschaften, das Gesetz in möglichst weitem Maße für die Mitglieder nutzbar zu machen. Sie empfiehlt den Gewerkschaften weiter, Arbeitslosenkassen parallel den gewerkschaftlichen Verbänden zu gründen, so daß die Mitglieder der Kasse denselben Berufskreisen angehören, wie die Mitglieder des entsprechenden gewerkschaftlichen Verbandes. Für die Mitglieder des Verbandes müsse dann, soweit sie nach dem Gesetze Mitglieder der Arbeitslosenkasse sein können, die Mitgliedschaft in der Kasse obligatorisch gemacht werden. Der Kongreß setzte einen Ausschuß von achtzehn Personen ein, der ein Musterstatut für solche zu gründenden Kassen ausarbeiten soll. Von sozialpolitischer Bedeutung war noch ein Beschluß über die Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Der geschäftsführende Ausschuß der Landesorganisation soll dahin wirken, daß sobald wie möglich dem Reichstage ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, in dem die Beschäftigung der Gefangenen mit Arbeiten für private Unternehmer verboten wird. Ferner sollen die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter aufgefordert werden, in den Gemeinden dahin zu wirken, daß in Armenhäusern und Zwangsarbeitsanstalten nur Arbeiten für den eigenen Verbrauch dieser Anstalten verrichtet werden und keinerlei Arbeiten für private Unternehmer. Zum Vorsitzenden, Sekretär und Kassierer der Landesorganisation wurden M. Olsen, C. Madsen und E. Svensen wiedergewählt.

Opfer unserer Sache. Im Monat April erkannten deutsche Gerichte auf 5 Jahre, 8 Monate, 3 Wochen, 2 Tage Gefängnis und 5013 Mark Geldstrafe gegen Genossen, die für die deutsche Arbeiterbewegung tätig waren.

Aus Nah und Fern.

Von Wilderern erschossen. In der Nähe des rheinhessischen Städtchens Gaualgesheim wurde Gendarm Bombay im Kampf mit Wilderern in der Nacht zum Montag erschossen. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Mord. Der 30jährige Ackerbürger Mevissen, der mit seiner alten Mutter einen kleinen Bauernhof bewirtschaftet, wurde mit sieben Stichwunden ermordet aufgefunden. Zwischen ihm und dem Mörder muß ein Kampf stattgefunden haben, da dem Mörder die Krawatte und der Hut herabgerissen wurden. Einiges Geld und Schmucksachen sind geraubt worden.

Was deutsche Richter als „Majestätsbeleidigung" ansehen. Ein Majestätsbeleidigungsprozeß, wie er nur in Deutschland möglich ist, wurde gegen den Arbeiter Franz Brüning vor dem Landgericht I in Berlin verhandelt. Der Angeklagte war beschuldigt, im November v. J., als der Kaiser in seinem Automobil von der Truppenvereidigung zurückkehrte, sich auf der Straße der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht zu haben. Die Beleidigung wurde von der Anklage darin gefunden, daß Brüning nach Art kleiner Kinder die Zunge herausgestreckt hatte. Staatsanwaltsrat Artelt hatte selbst die Anklage wegen Majestätsbeleidigung fallen gelassen und nur wegen groben Unfugs eine Haftstrafe von 14 Tagen gegen den Angeklagten in Antrag gebracht. Die Strafkammer war jedoch anderer Ansicht und erblickte in dem Verhalten des Angeklagten eine schwere Majestätsbeleidigung, da sich B. in unflätigster Weise benommen habe. Mit Rücksicht hierauf erkannte das Gericht auf neun Monate Gefängnis. — Wären wir monarchisch gesinnt, so müßten wir es uns ernstlich verbitten, daß solche Delikte, wie das obige, von den Gerichten als Majestätsbeleidigung ausgelegt werden.

Ein Hoftheater-Skandalprozeß beschäftigte dieser Tage das Münchener Amtsgericht. Die Ursache dieses Aufsehen erregenden Prozesses ist eine Artikelserie des ultramontanen „Bayrischen Courier" über korrupte Zustände am Münchener Hof- und Nationaltheater. Dort soll in den letzten Jahren eine Günstlingswirtschaft ohne gleichen geherrscht haben. Der Generalintendant Baron v. Speidel habe verdiente Schauspielerinnen weggejagt und bedeutenden Künstlerinnen unfähige Maitressen vorgezogen. Ein Fräulein Wimme, eine junge hübsche Dame von 23 Jahren, die bisher nur an Schmieren aufgetreten sei, habe erste Partien bekommen, weil sie mit Herrn v. Speidel ein delikates Verhältnis unterhalten habe. Generalmusikdirektor Mottl und dessen Frau, die eine verschwenderische Person sei, hätten den Theateragenten Frankfurter in Nürnberg angepumpt und dafür hätte Herr Mottl sich „revanchiert" bei der Anstellung von Künstlern. Dem Regisseur Albert Heine, dem Bruder des bekannten „Simplizissimus"zeichners wurde vorgeworfen, er führte am Hoftheater eine wahre Schreckensherrschaft und tyrannisierte das Personal. Er führe am Hoftheater deshalb den Spitznamen „Iwan der Schreckliche". Speidel und Mottl verklagten darauf den „Bayrischen

Courier". Es kamen in der Verhandlung einzelne erbauliche Intermezzos ans Tageslicht. Leute, die jahrelang am Hoftheater beschäftigt waren, wurden ohne jeden ersichtlichen Grund einfach auf die Straße gesetzt. Einer Dame, die sich in solcher Lage befand, wurde auf dem Bureau der Generalintendantur gesagt: „Sie können ja im Cafe Luitpold Veilchen verkaufen." — Die kleineren Kräfte habe man hundsmiserabel bezahlt und für verfehlte Engagements große Summen nutzlos aus dem Fenster geworfen. Intendant Speidel stritt die unlauteren Beziehungen zu Fräulein Wimmer ab, während andere Zeugen entgegengesetzte, auf Beobachtungen begründete Angaben machten. Bei der weiteren Zeugenvernehmung bezeichnete der nach 20 Dienstjahren mit einem Gnadengehalt von 50 Mark pro Monat entlassene Oberregisseur Savitis seine Entlassung als den schwersten Schicksalsschlag seines Lebens und führt sie darauf zurück, daß er sich dagegen gewehrt habe, daß Intendant v. Speidel eine Anzahl älterer Schauspielerinnen, die der Intendant in sehr lieblosester Weise als „alte Schachteln" bezeichnet habe, entließ. Es kam zwischen den Parteien zum Vergleich. Aus der ganzen Verhandlung ging aber hervor, daß an dem Münchener Hoftheater, einer der namhaftesten Bühnen Deutschlands, geradezu ungeheuerliche Zustände herrschen und daß doch nicht alles „Theaterklatsch" war, was der „Bayrische Courier" ans Tageslicht beförderte. Leider sind aber die traurigen Zustände an dieser Hofbühne nur ein Beispiel von den allgemeinen Zuständen, wie sie an allen Theatern mehr oder minder üblich sind. Nicht zuletzt durch die Schuld des Personals selber, welches in seinem Künstlerdünkel zur Besserung der sozialen Verhältnisse nichts unternimmt.

Chronik der Eisenbahnunfälle. Amtliche Meldung. Pfingstsonntag früh 4½ Uhr sind eine Lokomotive und sechs Wagen eines Rangierzuges dicht am alten Breslauer Bahnhof in Stettin bei offener Drehbrücke in die Parnitz gestürzt. Der siebente Wagen entgleiste und blieb auf der festen Brücke stehen. Die Brücke ist nicht beschädigt. Der Lokomotivführer ist leicht, sonst niemand verletzt. Ursache: Unaufmerksamkeit des Personals. — Am Pfingstsonntag, nachmittags gegen 6 Uhr, entgleiste auf der Kleinbahn Schlangenbad—Eltville ein Zug. Zweiunddreißig Personen wurden, wie der „Rhein. Kurier" meldet, verletzt. Der vordere Wagen des Zuges sprang aus den Schienen und fiel auf die Seite. In diesem Wagen befanden sich etwa 50 Personen. Die Verwirrung war eine furchtbare. Durch die zerspringenden Fensterscheiben und die platzenden Behälter der Petroleumbeleuchtung wurden viele Personen verletzt. Aerztliche Hilfe aus Schlangenbad und Eltville war rasch zur Stelle. — Auf der Station Schönelinde bei Teplitz sind Pfingstsonntag Nacht zwei Lastzüge zusammengestoßen. Von dem Zugpersonal wurden mehrere Leute verletzt, davon sechs schwer. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Ursache des Zusammenstoßes ist falsche Weichenstellung. — Wie der „Rheinische Kurier" erfährt, ist der Eisenbahnunfall auf der Kleinbahn Schlangenbad—Eltville nach Aussage des Betriebsleiters angeblich dadurch verursacht worden, daß der Lokomotivführer die Kurve vorschriftswidrig schnell befahren hat. Er ist vom Amte suspendiert. Die zweiunddreißig Verwundeten befinden sich sämtlich außer Gefahr und haben meist nur leichtere Verwundungen durch Glassplitter erlitten, mit Ausnahme einer Dame, die einen Bruch des Schlüsselbeins erlitt, und eines Herrn, der am Kopf schwer verwundet worden ist. Gestern früh wurde der Betrieb wieder ordnungsmäßig aufgenommen.

Brudermord und Eifersucht. In dem lothringischen Dorf Kneuttingen wurde, wie aus Trier berichtet wird, ein italienischer Arbeiter aus dem Hinterhalt erschossen. Der eigene Bruder des Ermordeten wurde als Täter verhaftet; als Motiv wird Eifersucht angegeben.

Eingestürzter Leuchtturm. Aus Bordeaux wird gemeldet: Der im Jahre 1895 erbaute Coubre-Leuchtturm an der Garonnemündung, der bereits seit 1896 außer Betrieb gesetzt werden mußte, weil er vom Meer umspült war, stürzte in der vorvergangenen Nacht ein. Menschen sind dabei nicht umgekommen.

Der Bundestag des Arbeiter-Turnerbundes, der die Pfingstfeiertage in Stuttgart tagte, begann mit einer Besprechung der Kreisvertreter und Kreisturnwarte, in der in technischen sowie Verwaltungsangelegenheiten vorbereitende Anträge für die eigentlichen Verhandlungen ausgearbeitet wurden. Die Verhandlungen fanden statt im schöndekorierten Festsaal des Gewerkschaftshauses. Lehmann begrüßte die Delegierten im Auftrag der freien Turnerschaft Stuttgarts. Er betonte, daß wir nicht nur gegen die reaktionären Gegner anzukämpfen hätten, sondern auch gegen ein gewisses Vorurteil, das noch in Arbeiterkreisen gegen uns herrscht. Aus dem Geschäftsbericht, der gedruckt vorliegt und sich über die letzten zwei Jahre erstreckt, ist folgendes zu entnehmen: Am 1. April 1907 gehörten dem Arbeiter-Turnerbund 1335 Vereine an mit einer Mitgliederzahl von 102 373, die über 14 Jahre alt sind und 7291 Schüler, insgesamt 109 564 Personen; das ist ein Mehr gegenüber dem 1. Januar 1905 von 507 Vereinen und 38 883 Mitgliedern. Die nicht obligatorisch eingeführte „Arbeiter-Turnzeitung" hatte vor zwei Jahren eine Auflage von 42 000 und ist auf 70 000 Exemplare gestiegen. 600 000 Flugblätter wurden in der vergangenen Geschäftsperiode in ganz Deutschland verbreitet und die Summe von rund 1500 Mark für Unterstützungen zu agitatorischen Zwecken verausgabt. Durch eine ganze Reihe von Polizeimaßnahmen gezwungen, wurde ein Rechtsbeistandfonds gegründet, von dem schon die erkleckliche Summe von rund 1500 Mk. beansprucht werden mußte. Vom Bundesvorsitzenden Frey wurde eine Streitschrift verfaßt, worin alle die uns von der „Deutschen Turnerschaft" trennenden Momente niedergelegt sind. Außerdem wurde noch herausgegeben der alljährlich erscheinende Kalender (Auflage 5000), ein Liederbuch (bereits 30 000 Exemplare verkauft); an turntechnischen Schriften: Bendirscher Ratgeber (Auflage 5000), außerdem ein Lehrbuch, 1. Band, sowie Riegenbücher. Hierauf folgte der Kassenbericht. In der Einnahme figuriert im verflossenen Jahre das Zeitungsabonnement mit 88 378,24 Mk., Inserate ergaben eine Einnahme von 46 247,03 Mk. Der Bundesbeitrag, Haupt- und Ergänzungslisten ergaben 22 367,68 Mk. Die Zeitung verursachte eine Ausgabe von 33 870,85 Mk. Die persönliche Verwaltung kostete 10 814,69 Mark. Aus der Unfallkasse wurden an 801 Mitglieder 14 185,12 Mark Unterstützung gewährt. Das Jahr 1906 ergab eine Mehreinnahme von 590,11 Mark; Kassenbestand am 31. Dezember 1906 12 350,98 Mark; Kassenbestand am 31. Dezember 1905 12 350,98 Mark; Außenstände sind noch 15 009,93 Mark zu verzeichnen. Der Warenbestand ergibt einen Wert von 42 920,91 Mark; dem stehen noch 10 780,10 Mark unbezahlte Rechnungen gegenüber. Das Gesamtvermögen beträgt somit 32 140,81 Mark. Koppisch-Berlin ist erfreut über den großen Fortschritt; die Opposition auf dem Berliner Turntag war nur deshalb inszeniert, um Klarheit zu schaffen. — Schwalbe-Dresden wünscht, daß die Rundschreiben vom Bundesvorstand mehr gepflegt würden. — Schröder-Berlin meint, man solle mit den Restanten weniger schonend verfahren. — Schramm-Breslau hofft, daß nunmehr die Berliner Genossen ihre ganze Kraft wieder dem Bund weihen. Aus der weiteren Debatte hebt sich hauptsächlich hervor, daß der frühere Geschäftsführer infolge Überhäufung von Arbeiten nicht allen den Ansprüchen gerecht werden konnte, die an ihn gestellt wurden. Durch Anstellung eines weiteren Beamten sollen diese Mängel gehoben werden. Der Antrag: „Die vom Bundesvorstand beanstandeten und abgelehnten Unfälle sind durch den Turntag nachzubewilligen", wird angenommen. Der Antrag, „dem 17. Kreis ist das Darlehn von 200 Mark zu erlassen", wird dem Bundesvorstand zur Beschlußfassung überwiesen. Über den Antrag, „Gründung einer Sterbekasse," geht man zur Tagesordnung über. Der Antrag: „Für außerordentliche Unterstützungsgesuche, die auf Unfälle usw. zurückzuführen sind, ebenso für Gewährung von Rechtsschutz wird ein Fonds gebildet aus freiwilligen Beiträgen, die Gewährung von Unterstützung oder Rechtsschutz wird in das Ermessen des Bundesvorstandes gestellt", gelangt ohne Widerspruch zur Annahme. Den Grundstock dieses Fonds bildet der Bestand des bereits bestehenden Rechtsbeistandsfonds. Das Geld der Scherf-Sammlung soll nur für diesen verwendet werden. Der Verwalter hierüber ist der Bundesvorstand. Angenommen wurde ferner ein Antrag, „dem Fonds für außerordentliche Unterstützung und Rechtsschutz werden 1000 Mark aus der Bundeskasse überwiesen. Der Antrag, die Bundesvereine sollen angehalten werden, mit Vereinen des Arbeiter-Sänger-, Radfahrer-, Athleten- und Schwimmbundes in freundschaftliche Fühlung zu treten und die gemeinsamen Interessen aufs nachdrücklichste zu fördern, wurde angenommen.

Ihr laßt die Armen schuldig werden . . . Unter der schweren Anklage, den Tod zweier ihrer Kinder durch Fahrlässigkeit mitverschuldet zu haben, hatten sich vor dem Schöffengericht zu Ebersbach der Maschinenführer Hermann Lein und dessen Ehefrau zu verantworten. Im März war in der Wohnstube des Leinschen Ehepaares ein Brand entstanden, wobei zwei Knaben im Alter von 6 und 4 Jahren furchtbare Brandwunden erlitten, denen sie wenige Stunden darauf erlagen. Der Brand war in Abwesenheit der Eltern entstanden, und zwar dadurch, daß die Kinder mit Streichhölzern gespielt hatten. Gegen die Eltern wurden heftige Vorwürfe erhoben, weil sie sich nur wenig um ihre Kleinen kümmerten. Die Leinschen Eheleute führten jetzt vor Gericht aus, daß sie durch ihre ärmlichen Verhältnisse gezwungen wären, beide auf Arbeit zu gehen. Bei dem weiten Wege von 20 Minuten sei es der Frau nicht möglich gewesen, mittags von der Arbeitsstätte nach Hause zu kommen und sich um ihre Kinder zu kümmern. Die Pflege war daher einem elfjährigen Knaben und in dessen Abwesenheit einem neunjährigen Mädchen übertragen worden. Die Eltern waren früher schon vom Gemeindevorstand Gocht zu einer besseren Pflege ihrer Kinder angehalten worden. Das Gericht sah Fahrlässigkeit für vorliegend an und verurteilte die Eheleute zu je drei Monaten Gefängnis. Die bürgerliche Presse gibt den Verhandlungsbericht ohne Kommentar wieder, sie hält das Urteil für richtig und gerecht. Wir aber erblicken nicht in den Eltern, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft den Schuldigen, denn sie zwingt Vater und Mutter ins Joch der Arbeit, was die Vernachlässigung der Erziehung der Kinder zur Folge hat. Die kapitalistische Gesellschaft kann sich aber nicht dadurch von der Verantwortung für solche Vorkommnisse, wie sich eins in Ebersbach abgespielt hat, ledig sprechen, daß sie den Armen die Schuld aufbürdet und sie bestraft.

Polizeimänner als sozialdemokratische Bannerträger. Eine heitere Episode, die sich während des Wahlkampfes in Wien zutrug, wird erst nachträglich bekannt. Nächst der Ferdinandsbrücke schritten vier sozialdemokratische Arbeiter einher, die durch mächtige Standarten, auf denen mit großen Lettern „Hoch Emmerling!" stand, die Blicke aller Wähler auf sich lenkten. Alsbald bildete sich ein großer Straßenauflauf, so daß der Verkehr zu stocken drohte. Zwei Polizeimänner in voller Uniform beanstandeten die vier sozialdemokratischen Arbeiter, worauf sich diese mit Vergnügen bereit erklärten, aufs Kommissariat zu folgen. Zugleich legten sie die Standarten aufs Pflaster nieder, indem sie bemerkten, es gehe doch nicht an, eine Handlung fortzusetzen, die eine Intervention der Polizei verursacht habe. Um keinen Preis konnte man sie bewegen, die Standarten mit aufs Polizeikommissariat zu nehmen. Die Wachtleute standen nun vor einem inneren Konflikt: sollten sie die corpora delicti auf dem Pflaster liegen lassen oder die Weihe ihrer Uniform beflecken und die Standarten selbst tragen? Nachdem die beiden „Augen des Gesetzes" die Paragraphen ihrer Dienstordnung im Geiste überflogen hatten, entschieden sie sich dafür, die Rolle sozialdemokratischer Bannerträger zu spielen. Unter großem Hallo zog nun die seltsame Schar, von Hunderten von Neugierigen umzingelt, zum Kommissariat. Die beiden Polizeimänner mußten nun als wahre Märtyrer ihres Amtes eine Reihe boshafter Zurufe über sich ergehen lassen. „Warum habt Ihr denn noch keine rote Uniformen?" wurde gefragt, während es auf der anderen Seite erklang: „Hübsch hoch gehalten! Wir werden nach eurem Wunsche den Sozialdemokraten wählen! Hoch die Sozipolizei!" Auf dem Kommissariat wurden die Standarten zurückbehalten, ein Protokoll über den Fall gemacht, worauf sich die vier sozialdemokratischen Arbeiter, von der zahlreichen Menge zu der gelungenen Propaganda beglückwünscht, wieder ungestört entfernen konnten.

Der Todeszug der Pest in Indien. Aus London wird berichtet: Das soeben veröffentlichte Blaubuch über die Verhältnisse in Indien bringt eine Reihe höchst bemerkenswerter Zahlen über den Stand der Pest. Es scheint, daß alle Versuche, diese furchtbare Plage Indiens einzuschränken, fruchtlos bleiben. Die Zahl der Opfer der Pest im Jahre 1905 ist gegen das Vorjahr nicht zurückgegangen, und nur innerhalb der einzelnen Distrikte lassen sich Verschiebungen in der Sterblichkeitszahl nachweisen. Nach wie vor erreicht die Zahl der Opfer der Pest in Indien in einem Jahre fast die furchtbare Summe von einer Million! In Bombay ist die Zahl der Opfer von 224 000 auf 71 400 gesunken, auch die mittleren Provinzen und Madras sind von der Plage verhältnismäßig freigeblieben. In Punjab verzeichnet man 334 900 Pestopfer gegen 396 000 des Vorjahres. Dagegen hat die Krankheit in Bengalen und in den vereinigten Provinzen einen neuen erschrecklichen Aufschwung genommen; die Todesziffern stiegen von 126 000 auf 380 000. Dort ist die Pest seit 1899 in stetem Wachsen. 1900 zählte man 92 800; seitdem ist die Summe von Jahr zu Jahr gewachsen. Angesichts dieser erschreckenden Zahlen richten sich alle Blicke auf den Pest-Erforschungs-Kongreß.

Lynchjustiz. In Clayton im Staate Georgia umringte, wie aus New York gemeldet wird, der Pöbel das Haus des Negers Sam Padgett, dessen Sohn Flem eine weiße Frau vergewaltigt haben sollte. Als aus dem Innern des Hauses Schüsse fielen, die einen Weißen töteten, erwiderte der Pöbel das Feuer und schoß den alten Padgett und dessen Tochter nieder. Auch die Frau des Padgett wurde, als sie in das Gefängnis abgeführt werden sollte, von mehreren Kugeln durchbohrt. Der eigentliche Täter, Flem, entkam.

Wilhelm-Theater.

Der Erbe von Baskerville, eine Detektiv-Komödie in 4 Akten nach einem Roman von Conan Doyle, bildet gegenwärtig den Magnet des Wilhelm-Theaters. Es ist eine ebenso alte wie trübe Erfahrung, daß Theater, die nur gute Stücke aufführen, bald „hinüber" sind. „Der Erbe von Baskerville" findet stets ein zahlreiches Publikum und das spricht schon dafür, daß man es mit einer für den schlechten Geschmack berechneten Komödie zu tun hat. Ein dramatischer Schundroman, in dem mit den allerplumpsten Mitteln gearbeitet wird, ist „Sherlock Holmes", und nichts anderes „Der Erbe von Baskerville", in welchem der Londoner Detektiv gleichfalls die Hauptrolle spielt. Aber Spannung, Nervenprickeln wird bei dem größten Teil der Zuschauer ausgelöst, und das bedeutet ja für viele mehr, als künstlerisches Genießen. Die Aufführung war gut; besonders die Herren Widmann, Braaß und Norden machten sich um dieselbe verdient. Das Publikum spendete reichen Beifall.

Der Weg zur Hölle, Schwank in 3 Akten von Kadelburg, ist im Vergleich zu der Detektiv-Komödie geradezu ein Kunstwerk, obwohl man das nicht behaupten könnte, wenn man das Stück allein in Betracht zieht. Stürmische Heiterkeit herrscht während der ganzen Vorstellung, und das ist in der Hauptsache der wirklich sehr netten Wiedergabe zu danken. Ganz vortrefflich war Herr Widmann als Hugo Bendler. Ihm stand in Herrn Norden und Fräulein Deutloff ein würdiges Schwiegerelternpaar zur Seite. Ein echtes Rasseweib stellte Frl. Petzold als Tänzerin Cornero auf die Bühne; nach dieser Talentprobe kann man noch manche gediegene Leistungen der Künstlerin erwarten. Auch die übrigen Rollen waren gut besetzt. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 22. Mai.

Weizen, 127—132 Pfd. holl. 203—208 Mk. **Roggen** 118—123 Pfd. holl. 193—198 Mk. **Hafer** nach Qualität 191—196 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste,** nach Qualität 175—180 per 1000 Kilo.

Lübecker Marktpreise vom 22. Mai.

Bauern-Butter Pfd. 1,10—1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,25 Mk., Hasen —,— Mk., Enten — — — Mk., Hühner 1,80—2,60 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stck. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Flickgans —,— Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,05 Mk., Wurst Pfd. 1.25—1,30 Mk., Eier 9 Stck. 60 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,40 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche wenig, Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,20—0,40 Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 6,00 Mk., Kohl, 100 Pfd. 4,50 Mk. Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter 70—90 Pfd.

Sternschanz-Viehmarkt

22. Mai.

Der Schweinehandel verlief sehr gut.

Zugeführt wurden 3050 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 50 Mk., leichte 51—52 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 48—51 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 32. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Wahlen in Österreich. Von Karl Emil. — Die Klassenkämpfe in Kolorado und Idaho. Von Robert Saltiel. — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. (Schluß). — Die Textilarbeiterbewegung und der Zehnstundentag. Von Hermann Jäckel. — „Blut und Eisen". Eine Selbstbesprechung. Von Hugo Schulz. — Literarische Rundschau: Max Eyth, Hinter Pflug und Schraubstock. Von C. Korn. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Wilhelm Bölsches bekanntes Buch über Ernst Haeckel, das nicht nur das Leben und die Weltanschauung des berühmten Jenenser Philosophen in populär fesselnder, feinsinniger Form schildert, sondern auch eine glänzend geschriebene Darstellung der Darwinschen Lehren und der sogenannten monistischen Weltanschauung enthält, ist soeben in einer billigen Volksausgabe erschienen. Trotz des stattlichen Bandes und sehr aparter Ausstattung ist der Preis vom Verlag (Hermann Seemann Nachfolger, Berlin NW 87) erstaunlich niedrig angesetzt worden, nämlich mit nur Mk. 1.— und wir wünschen dem interessanten Buch in seinem neuen schmucken Gewand die verdiente weiteste Verbreitung.

Süddeutscher Postillon Nr. 11 ist erschienen. Die arme Germania mit der schweren Kugel Preußen lehrt das ganze Elend des starren Partikularismus. — Gleich farbenkräftig ist das lehrreiche Mittelbild „Rumänisches Glück." Dezent und spannend das Schlußbild „Entzückung", von M. E., groß in der Auffassung, wie klar in der Zeichnung. Kl. Leitgedicht „Teures Brot" wirkt werbend auf das ganze Proletariat. — Wenn zwei dasselbe tun. — Heil Spanien (Ged.) — Briefe aus Sachsen. — Entweder — oder. (Ged.) Diplomatisches Heilmittel (Ged.) — Marsch — hinaus! von Karl Probst. — Das patriotische Roß (Ged.) — Schach! — Spitzel-Pech — Fürchterliche Strafe. — Der Umsturz im Reichstag (Ged.) — Im Kolonialamt. — Offizierslaufbahn. — Nach berühmten Mustern (Ged.) — Sächs'sche Schdaadsrettung (Ged.) — Illustrationen und a. bietet diese Nummer reichhaltig und hält doch einen Preis von 10 Pfg. pro Nummer ein.

Von der Neuen Gesellschaft. (Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag: W. 15, Pfalzburgerstr. 12, Preis für das Einzelheft 10 Pfg., Probehefte kostenfrei, ist soeben das 8. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Ein Sieg der Aktion. Otto Hue: Der britische Maschinenbauer-Verband. Ernst Deinhardt: Das Ende des Kampfes in der Holzindustrie. Glossen: Streik der Unternehmer. Dr. med. Julian Marcuse: Sexuelle Pädagogik. Erich v. Mauern: Gerechtigkeit.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.